

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Formner, Klempner, Schlosser und Maschinenbauer, Goldgießer und Gürtler, Seilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 J., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 6. Dezember 1890.

Inserate die viergespaltene Zeile ober deren Raum 20 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Der gegenwärtige Stand der Arbeiterschutzesetzgebung in den europäischen Kulturländern.

Die Frage der Arbeiterschutzesetzgebung steht bekanntlich erst seit wenigen Jahren auf der Tagesordnung der gesetzgebenden Körperschaften in den verschiedenen Kulturländern.

Die herrschenden Parteien in Deutschland kümmern sich erst seit dem Jahre 1885 darum, in welchem das Zentrum und die Nationalliberalen ihre ungeheuer bescheidenen Anträge einerseits auf das Verbot der Sonntagsarbeit, auf Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken, andererseits auf Erhebungen, ob die Arbeit an Sonntagen überhaupt verboten und die Arbeit der Kinder von 12—14 Jahren, sowie der Weiber eingeschränkt werden dürfe.

Die Reichsregierung entschloß sich zunächst natürlich, in ihrer allbekanntesten Vorsicht gegenüber Angelegenheiten, bei denen kapitalistische Interessen in Frage kommen, zu den Erhebungen, und bei diesen mit größter Umständlichkeit gepflogenen Erhebungen kam für die Arbeiterwelt nichts Ersprießliches heraus.

Der Reichstag gab sich des weiteren in den Jahren 1887—1889 große Mühe, seinen guten Willen zu möglichst unbedeutenden Verbesserungen der Arbeiterverhältnisse durch Arbeiterschutzes-Anträge zu beweisen. Er nahm die bekannten Anträge auf Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeit auch mit großer Mehrheit an, aber der andere Faktor der deutschen Gesetzgebung, der Bundesrath, blieb kühl bis an's Herz hinan; er lehnte alles ab, und so blieb es beim Alten.

Jetzt nun scheint infolge der bekannten Erlasse des Kaisers und auf Grund der Verhandlungen der Arbeiterschutzeskommission des Reichstages die Angelegenheit im besten Flusse, aber das ist eben nur Schein.

Alle die sehr eingehenden und langwierigen Verhandlungen der Kommission werden nichts oder doch nur sehr wenig helfen, und die unermüdblichen Anstrengungen der sozialdemokratischen Fraktion werden sich dieses mal wieder als nutzlos erweisen. Die Kommission, in welcher die Vertreter der bestehenden Klassen in erdrückender Majorität sind, wird herzlich wenig, der Reichstag wird noch weniger und der „hohe“ Bundesrath wird am wenigsten leisten.

Im besten Falle wird nach der legislativischen Anstrengung des Reichstages und der etwaigen Zustimmung des Bundesraths ein Fortschritt gemacht, mit dem das angeblich an der Spitze der Sozialreform marschirende Deutschland andere Staaten, wie z. B. England, die Schweiz, ja selbst Oesterreich noch lange nicht einholen wird. Die Regierungsvorlage trägt aber noch zu deutlich das Gepräge der Fürsorge für kapitalistische Interessen, und erscheint mehr als eine Art Nothgesetz, dessen Erweiterung einer späteren Zeit und unaufhörlichem energischem Drängen der Sozialdemokraten vorbehalten bleibt.

Das Bemühen der Arbeitervertreter ist also — wenn es auch vorläufig vergeblich bleibt — dennoch keineswegs umsonst, — der Stein der Arbeiterschutzesetzgebung ist im Rollen, — nun gilt es unaufhörlich und mit dem Aufgebot aller Kräfte zu schieben und zu stoßen. Auch Deutschland wird und muß endlich doch nach dieser Richtung hin vorwärts. —

Das französische Parlament wird sich in seiner laufenden Sitzungsperiode gleichfalls wieder mit einer Arbeiterschutzesvorlage zu befassen haben, welche indessen unsere deutsche weit übertrifft, theilweise sogar über das schweizerische Fabrikgesetz hinausgeht und nur hinter der englischen Gesetzgebung zurückbleibt. Freilich zeigen sich in Frankreich, wenn der Arbeiterschutzes auf der Tagesordnung steht, ganz dieselben Erscheinungen wie bei uns: man spricht vom Ruin der Industrie, von Eingriffen in die persönliche Freiheit, und die betreffenden Parlamentsverhandlungen werden meist, wie bei uns, vor fast leeren Bänken geführt.

Die Sache hat sowohl die Deputirtenkammer wie den Senat in den letzten Jahren wiederholt beschäftigt, und es hat zwischen beiden Körperschaften gewissermaßen ein Fangballspiel mit der Vorlage stattgefunden. Es handelt sich um eine Erweiterung des französischen Gesetzes von 1874 über Frauen- und Kinderarbeit. Die französische Vorlage geht über die deutsche insofern hinaus, als sie sich erstens auf die Arbeit in allen Industriezweigen erstreckt, also auch auf das Kleingewerbe und die Hausindustrie, daß sie zweitens für Arbeiterinnen den zehnstündigen Maximalarbeitstag und das Verbot der Nachtarbeit einführt, drittens die Kinderarbeit erst vom 13. Jahre ab beginnen läßt, und viertens zugleich das Gewerbe-Inspektorat neu regelt.

Gegenwärtig besitzt Frankreich 21 Gewerbe-Inspektoren. Künftig soll nach englisch-österreichischem Muster an der Spitze des Gewerbe-Inspektorats ein General-Inspektor stehen, dem die Divisions-Inspektoren bezw. Inspektorinnen als Hilfsbeamte beigegeben sind. Allerdings soll das Gesetz erst am 1. Mai 1892 in Kraft treten.

Inwiefern durch die neuerlichen zollpolitischen Verhandlungen im französischen Parlament der Arbeiterschutzes in den Hintergrund gedrängt wird, muß dahingestellt bleiben.

Das englische Parlament wird sich diesmal mit der von dem sozialistischen Abgeordneten Cunningham-Graham namens der britischen Bergarbeiter eingebrachten Achtstunden-Bill für die Bergarbeiter zu beschäftigen haben. Diese Bill ist von Cunningham-Graham bereits früher einmal eingebracht worden. Er hat aber damit wenig Glück gehabt. Neuerdings drohen indessen die britischen Bergarbeiter zu streiken, falls nicht endlich die achtstündige Schicht gesetzlich garantiert wird. Dazu kommt, daß die letzten Jahreskongresse der britischen Trades-Unions sich ebenfalls für den

gesetzlichen Achtstundentag für die Bergarbeiter ausgesprochen haben. Diefem Drängen dürfte das englische Parlament auf die Dauer schwerlich Widerstand leisten können.

Auch das belgische Parlament soll sich mit sozialen Gesetzentwürfen befassen, so mit einem Entwurf über die Gewerbevereinigungen, die Armenpflege und die Gegenseitigkeitsvereine. Ende dieses Jahres wird übrigens das Gesetz vom 13. Dezember 1889 in Kraft treten, welches für Knaben von 12—16 Jahren und Mädchen und Frauen bis zu 21 Jahren eine tägliche Arbeitszeit von zwölf Stunden festsetzt und im Artikel 6, der aber erst am 1. Januar 1891 in Kraft treten soll, die Nachtarbeit jungen Leuten unter 16 Jahren und Mädchen und Frauen unter 21 Jahren verbietet. Unter allen Staaten Europas ist Belgien noch immer derjenige, in welchem es mit der Fürsorge für die Arbeiter am schlechtesten bestellt ist. Es ist höchst bemerkenswerth, daß sich gerade dasjenige Land in Europa am wenigsten arbeiterfreundlich erweist, welches eine ultramontane Regierung aufzuweisen hat.

Daß aber das kräftige Vordringen der belgischen Sozialisten an die Pforten des ultramontanen Bourgeois-Musterstaates binnen nicht gar zu langer Frist Erfolg haben wird, ist zweifellos, — nur werden die belgischen Arbeiter ganz besonders darauf zu halten haben, daß nicht wieder Putzsch, überhaupt Gewaltausbrüche irgend welcher Art, ihnen das Spiel verderben. Das wäre Wasser auf die Mühle der Reaktion, die gerade in Belgien bei der Anstiftung möglichst umfangreicher Gewaltrevolutionen durch agents provocateurs glücklicher Weise bereits ertwischt worden ist.

Ein Arbeiter-Truff.

I.

London, 25. November 1890.

In Berlin sind letzter Tage die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter zu einer Konferenz zusammengetreten, um die Frage besserer Organisation, kräftigerer Zusammenfassung zu berathen. Und wie nicht anders zu erwarten, sind auch die Arbeiter, dem Gesetze der industriellen Konzentration folgend, zu der Einsicht gelangt, daß dem zentralisirten Kapital gegenüber auch die kleinen, losen, zerplitterten Arbeiterorganisationen sich zusammenschließen müßten zu einem widerstandsfähigen, aktionskräftigen großen Zentralbunde.

Im Grunde war darüber keine Meinungsverschiedenheit; denn daß die Lokale, die Branchen-Organisation, und Agitation bei der nothwendigen Zentralisation aller der in einer, z. B. der Eisen-Industrie vorkommenden Arbeitszweige erst recht nothwendig, die unerlässliche Voraussetzung ist, darüber ist ja kein Wort zu verlieren; die Frage steht nicht: ob Lokale, ob Branchen-Organisation oder Zentralisation, sondern die Frage lautet: ob die Lokalen, oder die Branchen-Organis-

ationen, die einzeln schon eine große Vergeblichkeit an Agitations- und Verwaltungskraft mit sich bringen, und zu den jetzt immer größere Kreise erfassenden Lohn- u. c. Kämpfen sich als zu schwach erweisen, ausgebaut, erweitert und zugleich zusammengefaßt werden sollen zu einem Bunde, der, unter einheitlicher Leitung stehend, vermöge der größeren Massen mehr Widerstandskraft in sich schließt, und in Folge dessen auch von den Kapitalisten ganz gewaltig in Rechnung gezogen wird. Ein solcher Zentralbund ermöglicht aber auch zugleich über Lage der Industrie, wie über finanzielle und materielle Kampfaussichten einen weit besseren Ueberblick, ein viel richtigeres Urtheil, und wird daher die Arbeiter vor einer ganzen Reihe Niederlagen bewahren, die aus mangelnder Ueberlicht oder allzugroßer Vertrauensseligkeit entspringen. Und eine ganze Reihe Forderungen, die von kleineren Verbänden erst in langen und schweren Kämpfen erstritten werden müssen, fallen den Arbeitern als reife Früchte in den Schooß, so bald die Unternehmer sehen, daß hinter ihren Arbeitern die ganze zentralisirte Arbeiterkraft der betreffenden und verwandten Berufe steht.

Wir stehen am Anfange einer Krise, die, nach dem tollen Laumel der letzten Gründerjahre zu schließen, zumal in der Eisenindustrie riesige Verheerungen anrichten wird; das Gespenst der Arbeitslosigkeit wird im nahenden Winter für Tausende greifbare und schreckliche Gestalt annehmen; in unserer heutigen Hauswirtschaft wird eben der Arbeiter stets in erster Linie die Kosten derselben zu tragen haben. Am „Aufschwunge“ partizipirt er mit den paar Pfennigen Lohnerrhöhung, und zwar erst in dem Augenblicke, wo der Gipfelpunkt des Aufschwungs nahezu erreicht oder schon überschritten ist, der „Niedergang“ aber erfolgt sofort und ganz auf seine Kosten: Arbeitslosigkeit und Lohnherabsetzung sind die Marksteine am Wege des industriellen Würgengels.

Die gegenwärtige Zeit, die jedes aggressive Unternehmen seitens der Arbeiter ausschließt, die Widerstandskraft ihrer Organisationen aber jeden Tag in Gestalt der Lohnreduktionen, Arbeitszeitverlängerungen, Fabrikordnungs-Chikanen u. c. auf kritische Probe stellt, ist also ganz besonders geeignet zum Nachdenken. Und da unsere industriellen Verhältnisse und in Folge dessen unsere gewerkschaftlichen Kämpfe verhältnißmäßig jungen Datums sind, dürfen wir uns wohl die theuer bezahlten Erfahrungen der englischen Arbeiter, dieser gewerkschaftlichen Pioniere, zu Nutzen machen.

In einem der letzten „Briefe aus England“ erwähnte ich, wie sämmtliche mit dem Seewesen irgendwie verbundenen Arbeitszweige gegenüber dem großen ganz England umfassenden Truste der Schiffseigentümer ein Schutz- und Trutzbündniß zur Vertheidigung und zur Anerkennung ihrer Unionen geschlossen haben. Mit

einem Schlage war da ein Truſt der Arbeiter geſchaffen, deſſen Ermöglichung noch vor einem oder zwei Jahren in's Gebiet der Phantaſterien verwieſen worden wäre! Eine halbe Million Arbeiter, ein Duzend der verſchiedenartigſten Induſtrien, mit einem binnen Kurzem nach Millionen zählenden Kriegsfond — mehr als alle theoretischen Neben und Agitationen hat die induſtrielle Entwicklung, die ſpitze Schärfung der Gegenſätze und das gute Beiſpiel der Kapitaliſten, die ſich gegen die Arbeiter in ſolche Verbände koalirt hatten, die Arbeiter zu dieſem Nieſenbunde gezwungen. Noch ein Schritt weiter — die Einleitungen hiezu ſind ebenfalls ſchon getroffen — und wir haben eine neue, wirkliche Internationale, der Gewerkschaften, gegründet von den mächtigſten und konſervativſten aller Gewerkschaften!

Nichts kann uns Sozialiſten mehr erfreuen, nichts uns in unſerer Siegeszuverſicht mehr beſtärken als dieſer von den Bahnbrechern des theoretischen Sozialismus ſeit Jahrzehnten vorausgeſagte Entwicklungsgang. Der Kapitalismus iſt ſein eigener Todengräber; er revolutionirt ſeine eigene Leibgarde, auf die er ſeine letzte Hoffnung gegen den revolutionären Sozialismus geſetzt hat; er zwingt ſie auf die Bahnen, die der klaſſenbewußte Sozialdemoſtrat von je gewandelt, und verwandelt dieſe wohlgeſchulten, kampfgewöhnten und widerſtandsfähigen Gewerkschaften durch ſein, ihm innewohnendes Geſetz der Proletariſierung, in die Elite-truppe des Klaſſenkampfes.

Und eine für die Natur des internationalen Unternehmertums ganz beſonders charakteriſtiſche Thatsache wollen wir hier nicht unerwähnt laſſen. Unſere deutſche Bourgeoispreſſe, die Bourgeoisvertreter in Parlament und Regierung, ihre Mandatäre vor und hinter den Schranken des Gerichtes werden nicht milde, immer wieder und wieder die Anklage gegen die Arbeiterorganisa-tionen zu erheben, ihre klaſſenverhöhnenden Agitationen, ihre unerſchämten Forderungen tragen allein die Schuld, daß die guten, die braven, die unſchuldigen Unternehmer ihre ſoziale Uebermacht gegen die Arbeiter in die Waſchſale werfen, ſich gegen die unzufriedenen, böſen oder verführten Arbeiter zur Wehre ſetzen müßten. Wenn nicht die verruchten Streikagitatoren wären, ſo lebten ſie mit ihren Arbeitern in ſüßeſter, ungetrübteſter Eintracht.

Was aber ſehen wir hier? England gilt als das klaſſiſche Land der politiſchen Freiheit; die — allerdings erſt nach langen, heftigen und an Gewaltausbrüchen nicht armen Kämpfen erſtrittene — Koalitionsfreiheit der Arbeiter galt biſher als ein allgemeines, von allen Parteien unterſchiedslos anerkanntes Recht; und gerade dieſes Recht wurde als das Palladium hingestellt, deſſen Heiligkeit Unternehmer wie Arbeiter vor der „Seuche ſozialiſtiſcher Irrlehren“ bewahrt habe. Und nun ſehen wir, wie ſogar in dieſem hiſtoriſchen Lande politiſcher Freiheit die Arbeiter zu einer in der Geſchichte des modernen Klaſſenkampfes beſpielloſen und in ihren Folgen noch gar nicht abſehbaren Nieſenvereinigung der verſchiedenſten Berufe zuſammengeſchloſſen werden durch die ihnen von dem vereinigten Unternehmertum aufgezwungene Nothwendigkeit, ihre politiſchen Rechte als Staatsbürger vertheidigen zu müſſen gegen übermäßige Bergewaltigung ſeitens des Unternehmertums!

Nichts kennzeichnet wohl die Haltloſigkeit jener Anſchuldigung beſſer als dieſe eine Thatsache, daß ſogar die engliſchen „Ariſtokraten der Arbeit“ durch die nimmerſatten Proletariſierungstendenzen des Kapitalismus gezwungen ſind, den Kampf gegen das Unternehmertum auf dem Boden aufzunehmen, den zu be-

treten ſie ſelber biſher ängſtlich vermieden haben. Und nichts iſt auch in unſeren Augen erfreulicher als dieſe Thatsache in Verbindung damit, daß es eben der Kapitalismus ſelber iſt, der die Arbeiter zu dieſem Kampfe auf großem Maßſtabe zwingt, wenn dieſe ſich nicht auf die unterſte Stufe ſozialen Glucks und politiſcher Rechtsloſigkeit ſich herab-lücken laſſen wollen.

Politische Knechtung und Rechtsloſigkeit auf der einen ſoziale Verklümmung und Verſklavung auf der anderen Seite, das wären die Folgen unſerer heutigen Privatwirthſchaft, wenn die Arbeiter ſich widerſtandslos in ihr Schickſal ergeben würden.

Zum Glück erzeugt der Kapitalismus im eigenen Schooße die Elemente ſeiner Zerſetzung — gerade dieſe in England ſich vor unſeren Augen abſpielende Konzentration der Arbeitermaſſen iſt ein Beweis hiefür. Die Thatsache aber, daß die Kämpfe der Arbeiter gegen das Unternehmertum in erſter Linie der Vertheidigung, der Abwehr gegen Uebergriffe gerichtet ſind, erweiſt ſich nun nicht nur in der Entſtandungsgelichte dieſes erſten Arbeiter-Truſtes, ſondern auch in den dieſer Zentraliſierung zu Grunde gelegten Grundſätzen, wie ſie die eben veröffentlichten Statuten ausdrücken. Wir halten dieſelben gerade heute, wo die deutſchen Gewerkschaften vor einem ähnlichen Wendepunkt in der Geſchichte ihrer Organisa-tionen ſtehen, für wichtig und lehrreich genug, um ſie auszugsweiſe in unſerer nächſten Nummer zu reproduzieren.

Anfallberufsgenoffenschaftliches.

Dieſes Thema hat uns ſchon des Oefteren beſchäftigt. Inſbeſondere waren wir mehrmals genöthigt, an uns zur Vertretung übertragenen Fällen die gänzlich Unzulänglichkeit der „Renten“ für theilweiſe Erwerbsunfähigkeit, die Willkürlichkeit des Verfahrens und die Verſchleppung durch die Genoffenſchaftsvorſtände und die Schiedsgerichte nachzuweiſen. Ueber letzteren Uebelſtand finden wir nachſtehenden Artikel im „Wärz. Journal“:

„Wer je einmal im Falle einer Verunglückung eines ſeiner Arbeiter mit der Unfallberufsgenoffenſchaft, ſie mag nun einer Branche angehören, welcher ſie will, zu thun hatte, der wird ein Lieb erzählen können von den mannichfaltigen und in der Regel daſelbe wiederholenden Schreibern, die ihm von der Leitung der Genoffenſchaften angeſonnen werden, gerade als ob ſie es darauf anlegten, in den Angaben Widerſprüche zu entdecken, auf welche ſie dann ein abweiſendes Erkenntniß fällen können. Bis der Verunglückte etwas bekommt, kann oft Jahr und Tag vergehen, er und ſeine Angehörigen können Hunger ſterben, wie nachfolgendes Beiſpiel beweifen wird.“

Am 23. Oktober 1888 fiel der in der Gademann'schen Farb-Fabrik in Schweinfurt beſchäftigte Arbeiter Joh. Hahn aus Gariß (bei Kiffingen) in der Fabrik bei der Arbeit von einer Stiege herunter und zog ſich eine innerliche Verletzung zu. Er verbiß aber ſeinen Schmerz, machte in der Fabrik einige Umſchläge und arbeitete noch bis zum Schluß der Woche. Er mochte wohl glauben, daß es ein vorübergehender Schaden ſei und auch die Sorge, den zur Ernährung ſeiner Familie nöthigen Wochenlohn einzubüßen, hat ihn vielleicht veranlaßt, nicht ſofort in ärztliche Behandlung zu gehen. Bei zwei früher ihm in der Fabrik zugeſtoßenen Unfällen hatte er es ja geradeſo gemacht, und die Sache hatte einen guten Verlauf genommen. Am Samstag Abend aber konnte er vor Schmerzen nicht mehr ohne Hilfe nach Hauſe gehen, ſo daß er — als es ſich während des Sonntags nicht beſſerte — am 29. Oktober in ärztliche

Behandlung ging. Dabei wurde ein Rippenbruch konſtatirt, welcher nach längerer Behandlung eine ziemlich ſtarke Verbiegung der verbrochenen Stelle zurückließ, ſo daß der linke Arm nicht in die Höhe gehoben werden konnte, ohne fürchterliche Schmerzen zu erregen, und die Arbeitsfähigkeit des Hahn zum großen Theile aufgehoben war.

Hahn meldete ſeine Anſprüche an eine Unfallſchadigung an, wurde aber mit Schreiben der Vorſtandschaft der 8. Sektion der Berufsgenoffenſchaft der chemiſchen Induſtrie abgewieſen, weil es ſich „unzweifelhaft“ ergebe habe, daß Hahn gar nicht in der Gademann'schen Fabrik gefallen ſei, ſondern dieſen Unfall erſt am Sonntag, den 28. Oktober 1888, weiß Gott wo, erlitten habe! Als Beweis für dieſe Anſicht wurde hauptſächlich geltend gemacht, daß Hahn erſt 8 Tage nach dem Unfall ſich in ärztliche Behandlung begab, und daß Niemand den Fall in der Gademann'schen Fabrik bezeugen könne. Hahn fand aber durch Zufall hintennach doch einen Zeugen, den Arbeiter Andreas Treutlein, der ſein Herabfallen am 23. Oktober in der Fabrik mit anſah. Selbſtredend ergriff er die Berufung an das Schiedsgericht der Berufsgenoffenſchaft (Vorſitzender Herr kgl. Regierungsrath Gareis in Nürnberg), dem er dieſen klaſſiſchen Zeugen vorſchlug. Am 7. Auguſt 1889 „ſchon“ wurde der Zeuge Treutlein vernommen, wobei derſelbe angab, Hahn ſei am 23. Oktober auf der vom Parterverſtock der Fabrik zum Trockenraum führenden Treppe gefallen, wie er ſelbſt geſehen habe, während Hahn ſ. Z. angab, auf einer ca. 9 Meter weiter davon befindlichen Treppe gefallen zu ſein. Aus dieſer Differenz der Angaben ſchloß in einer am 15. Auguſt 1889 an den Vorſitzenden des Schiedsgerichts gerichteten Eingabe der Vorſitzende der 8. Sektion (Beltner), daß Hahn überhaupt nicht in der Fabrik gefallen ſei.

Am 5. Auguſt 1889 hatte Hahn ſeine Berufung bei dem Schiedsgerichts-Vorſitzenden, Regierungsrath Gareis in Nürnberg, ſchriftlich angemeldet. Am 26. Auguſt außerdem dieſelbe noch einmal mündlich beim k. Bezirksamt Kiffingen zu Protokoll gegeben. Nun hörte und ſah er nichts mehr bis zum 1. November 1889, von welchem Datum ein vom Reichsverſicherungſamt an ihn adreſſirtes Schreiben eintraf, worin ihm mitgetheilt wird, daß nach Mittheilung des Schiedsgerichtsvorſitzenden (Gareis) ſeine Sache im Laufe des Monats November 1889 zur mündlichen Verhandlung gelange. Am 24. Dezember 1889 endlich wurde Hahn auf den 9. Januar 1890 zur Schiedsgerichtsverhandlung nach Nürnberg geladen, mit dem Bemerten, daß im Falle ſeines Ausbleibens nach Lage der Akten entſchieden würde.

Hahn erſchien am genannten Tage pünktlich in Nürnberg, mußte aber dort erfahren, daß die Verhandlung verſagt ſei. Der Zeuge des Falles, Treutlein, war nicht geladen worden.

Bis zum heutigen Tage, den 24. November 1890, hat Hahn in ſeiner Sache weiter nichts mehr gehört und geſehen. **Zwei Jahre und vier Wochen** ſind ſeit der Verunglückung Hahn's vergangen. Monate lang war derſelbe abſolut arbeitsunfähig und jezt kann er den linken Arm (laut Zeugniß des Herrn Dr. Weiß in Kiffingen) nicht erheben, ohne heftige Schmerzen zu verſpüren. Auch iſt er nicht im Stande, ſtärkere Körperbewegungen zu machen. Seine Gemeinde hatte ſchon über 300 M Auslagen für ihn, und wenn Hahn auch durch leichtere Arbeiten (Korbſtechen u. dergl.) einige Pfennige ſich verdient, ſo reicht dieſes bei weitem nicht, um ſich, ſeine Frau und ſeine 4 Kinder zu ernähren.

So lautet die ſchlichte, durch Zeugniſſe

und Aktenſtücke erhärtete Erzählung des Arbeiters Hahn. Wenn dieſes Alles ſich wirklich ſo verhält, ſo ſtehen wir vor einem unerhörten Verſchleppungs-System, das geeignet iſt, alle humanen Abſichten der Geſetzgeber über den Hauſen zu werfen. Wir können und dürfen vorderhand nicht annehmen, daß dieſe Verſchleppung in der Abſicht geſchehen, um den verunglückten Arbeiter müde zu machen, und zum Aufgeben ſeiner Anſprüche zu veranlaſſen. Wir wollen deſhalb die uns weiter gemachten Angaben, welche auf dieſe Sache noch ein ſchlimmeres Licht werfen könnten, nicht auf ihre Stichhaltigkeit prüfen. Es genügt ſchon das Vorſtandende, das wir hiermit an das Licht der Oeffentlichkeit bringen, damit die Z nächſtbe-theiligten dazu das Wort ergreifen.“

Aus dem ſozialdemoſtratiſchen Zukunftsſtaate.

Unter dieſem Titel ſchreibt die „Eiſenzeitung“:

„Unſer Auffaß in Nr. 43, S. 849: „Was bei einer allgemeinen Vertheilung des Gewinnes, bez. bei einer Aenderung des Lohnſystems herauskommt“, hat in ſozialdemoſtratiſchen Zeitungen vielfach Nachdruck und Kommentar erfahren. Wir berechneten, daß wenn aller Gewinn auf die Arbeiter vertheilt würde, dieſes einen Zuſchlag von ca. 95 M. pro Jahr bedeute, der aber in außerordentlich günſtigen Jahren allenfalls auf das Doppelte ſtiege, in ungünſtigen Jahren aber zu einem Verluſt werden würde. Die Arbeiterblätter ſagen hiezu: „Der mit dem Gewinn“ — alles Uebrige iſt Unſinn; vom Verluſt ſprechen ſie nicht.“

„Unſere Behauptung, daß es in erſter Linie doch die geiſtige Thätigkeit der Ingenieure ſei, die, z. B. in Maſchinenfabriken, den Gewinn ſchaffe und daß daher doch die Ingenieure, Betriebsbeamte und Direktoren einen größeren Antheil am Gewinn verlangen müßten als die bloßen Handarbeiter, wird einfach ſo abgethan:

„Daß die Ingenieure mehr Intelligenz nöthig haben, als die bloßen Handarbeiter, liegt auf der Hand. Aber wir beſtreiten, daß daraus ein höherer Anſpruch auf Produktionserträgniffe abgeleitet werden kann. Im ſozialiſtiſchen Staat hat einfach Jeder ſeine Schuldigkeit zu thun. Iſt er leistungsfähiger, ſo werden auch höhere Anſprüche an ihn geſtellt. Aber wenn die Handarbeiter qualitativ weniger leiſten können oder brauchen können als die Ingenieure, iſt das ein Grund, ſie ſchlechter zu halten? Solche verrückte Anſchauungen ſind allerdings dem Reſſenſtaat eigen, und auch in ihm erhält bekanntlich nur ſehr ſelten „dasjenige Pferd den Hafer, welches ihn am Meiſten verdient.“

„Danach wird alſo einfach im ſozialiſtiſchen Zukunftsſtaate von ſtaatswegen dekretirt: Die Ingenieure haben ihre Schuldigkeit zu thun. Und wenn ſie es nun nicht thun, ſondern einfach das Mittel anwenden, welches heute die Arbeiter als ihr gutes Recht anſehen, und ſtreiken, was dann? Streiken iſt doch heute ſchon erlaubt, alſo ganz gewiß im Zukunftsſtaate. Die Maſchinenfabriken werden dann ebenſo einfach ſtilleſtehen, wie wenn heute die Arbeiter ſtreiken. Will man dagegen Gefängniß und Tortur anwenden? Intelligenz iſt eine Sache, die ſich nicht erzwingen läßt, auch nicht im ſozialdemoſtratiſchen Staat und es iſt deſhalb ſehr wahrſcheinlich, daß letzterer ſich ohne die Ingenieure, zu deren Ausbildung zudem keine Veranlaſſung vorliegt, wird beſſeren müſſen. Denn Niemand wird ſtudiren wollen, wenn er es nicht nöthig hat und keine Vortheile dabei herauskommen. Jedermann wird einfach Arbeiter ſein wollen, da er ohnehin auch durch noch

so große Anstrengungen es nicht weiter bringen kann.

Damit kommt aber die gesammte Substanz in Wegfall. Millionen von Arbeitern werden geradegu überflüssig und es ist absolut keine Möglichkeit für den Staat vorhanden, dieselben zu beschäftigen oder gar auf Staatskosten, d. h. auf Kosten der Landwirtschaft, zu ernähren. Letztere aber muß daran zu Grunde gehen, daß ihr die Werkzeuge zur Bearbeitung des Bodens halb fehlen werden. Der Urzustand wird dann sehr schnell erreicht, in welchem alle gleichviel besitzen, d. h. gar nichts, als das Recht zu verhungern.

Der heutige Staat mag viele Mängel haben; diese Mängel sind aber in der Ungleichheit der Menschen und ihrer individuellen Anlagen viel mehr begründet, wie in der ungleichmäßigen Verteilung des Besitzes. Solange aber die Sozialdemokratie nicht alle Menschen gleich machen kann und zwar an Intelligenz, Ehrgeiz, Anspruchslosigkeit und ohne alle Leidenschaften, so lange werden die heutigen Verhältnisse im wesentlichen bestehen bleiben, denn sie sind das naturgemäße Produkt aus der Summe aller Kräfte und werden es ewig bleiben.

Mit welcher einfältigen Gegnern müssen wir uns herumschlagen! Das eine Mal ist es ihnen unwahrscheinlich, daß im sozialistischen Staate Jemand die unangenehmen Arbeiten, wie Kanalarbeiten zc., werde verrichten wollen, das andere Mal wird wieder Niemand die angenehmere Arbeit der Ingenieure verrichten wollen. Geradezu komisch ist's, daß man, um vor dem sozialistischen Zukunftsstaat gruselig zu machen, mit einem Streit der Ingenieure droht. Nachdem die Gelehrten der „Eisenzeitung“ ohnehin alle Einzelheiten des sozialistischen Zukunftsstaates im Voraus so genau wissen, so können sie uns vielleicht auch sagen, wovon die „streikenden Ingenieure“ im sozialistischen Zukunftsstaate ihren Unterhalt bestreiten werden! — Daß Niemand werde studieren wollen zc. ist zu blödsinnig, als daß es einer Widerlegung bedürfte. Die Selbstgespräche beurtheilen eben Alles nur nach ihrem eigenen Ich: was nicht Aussicht auf Millionen eröffnet, hat für sie keinen „Reiz“.

Wir bleiben dabei, daß Jeder, der seine Schuldigkeit thut, gemäß seinen Fähigkeiten und der ihm gebotenen Gelegenheit, von Rechtswegen auch die weitgehendsten Ansprüche an den Produktions-Ertrag haben sollte. Wir bleiben dabei: der Umstand, daß die Leistung des Handarbeiters für den Betrieb minderwertiger ist als die Leistung des Ingenieurs zc., kann vernünftiger Weise keinen Grund abgeben, den Handarbeiter schlechter zu stellen als den Ingenieur zc.

Wenn der Ingenieur, oder sagen wir allgemeiner, wenn Paul, vermöge seines Wissens und Könnens mehr leistet als Peter, ist das etwa sein Verdienst? In manchen Fällen wohl, in der Regel aber ganz und gar nicht. Wenn Paul Ingenieur und Peter Handarbeiter geworden ist, so hat das seinen Grund in der Regel keineswegs darin, daß jener als Jüngling strebsamer und fleißiger gewesen ist, als dieser, sondern darin, daß derselbe in der günstigen Lage war, sich als Ingenieur ausbilden zu können, indem seine Eltern die Mittel dazu gehabt haben; dagegen der Arbeiter als Kind armer Eltern aufgewachsen ist. Der Unterschied ist also in der verschiedenen Wirtschaftslage bedingt. Und auch in Fällen, wo lediglich das Talent im Spiel war, kann doch gewiß nicht von Verdienst die Rede sein; denn das Talent ist eine Gabe der Natur oder des Glücks, aber keineswegs ein Verdienst, welches zu höheren Ansprüchen berechtigen kann.

Wir könnten sogar noch weiter gehen und sagen: selbst der größere Fleiß ist eine glückliche Gabe, ein Vorzug, den

man der Natur oder der besseren Erziehung und Ausbildung verdankt; doch lassen wir dies dahingestellt.

Der Amerikaner E. Bellamy hat in seinem berühmten Buche Looking backward („Ein Rückblick“) — daselbe erscheint demnächst in deutscher Uebersetzung im Verlag von J. G. W. Diez in Stuttgart — diesen Punkt sehr verständlich behandelt. Im 9. Kapitel entspinnt sich folgendes Zwiegespräch zwischen Herrn Sul. West, in dessen Kopf noch die veralteten Anschauungen des kapitalistischen Klassenstaates spuken, und dem Dr. Deete, dem Vertreter der sozialistischen Weltordnung.

West. Ist derjenige, der doppelt so viel als sein Nachbar arbeitet, oder der geschickte Arbeiter, damit zufrieden, daß er dem untauglichen gleichgestellt wird?

Dr. Deete. Wir haben nicht den geringsten Grund, über Ungerechtigkeit zu klagen, da wir von dem einen genau daselbe wie von dem andern verlangen.

West. Wie kann das sein? Sind doch die Fähigkeiten der Menschen sehr ungleich, kaum zwei Menschen, die einander an Fähigkeiten gleichen.

Dr. Deete. Nichts ist einfacher. Wir verlangen von jedem, daß er das Beste leistet, dessen er fähig ist.

West. Und wenn ein Jeder leistet, was er kann, so wird doch das Produkt des Einen oft viel größer als das eines Andern sein.

Dr. Deete. Sehr wahr; aber die Größe des resultierenden Produkts hat ganz und gar nichts mit der Frage selbst zu thun. Alle, die ihr Bestes leisten, leisten daselbe. Nur die Befähigung eines Mannes, wie göttlich sie auch sein mag, kann das Maß seiner Pflichten feststellen. Der talentirte Mann, der nicht Alles leistet, wozu ihn seine Anlagen befähigen, wird für einen verdienstlosen Arbeiter gehalten als der talentlose, der sein Bestmöglichstes thut, selbst wenn dieser weit weniger leistet als jener.

West. Das ist freilich eine recht hübsche Philosophie. Nichtsdestoweniger scheint es hart zu sein, daß der Eine, der zweimal so viel leistet als der Andere, selbst wenn beide ihr Bestes thun, nur denselben Antheil am Gewinn haben soll.

Dr. Deete. Scheint das Ihnen in der That? Gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, daß mir dies sehr kurios vorkommt. Die Leute heut zu Tage denken, daß derjenige, der mit derselben Anstrengung zwei Mal so viel als ein anderer leisten kann und es nicht leistet, bestraft werden sollte zc.

Nein, Ihr Herren Gegner, macht uns nur keine Wippen vor und gesteht ehrlich und offen ein: Von Rechtswegen (d. h. von Vernunftrechtswegen) sollte der Arbeiter gleichen Antheil haben am Produkt wie der Ingenieur, der Geschäftsführer zc., denn der Arbeiter arbeitet zum mindesten ebenso angestrengt, ja in der Regel weit angestrongter, auf ihm lastet das Joch der Arbeit am schwersten. Daß dem nicht so ist, daß der Arbeitslohn der Arbeiter sich auf dem Niveau des Existenzminimums bewegt, daß er sein Leben lang trotz Fleiß und Sparsamkeit ein armer Teufel bleibt, während die Geschäftsbeamten vielfach hohe Saläre beziehen und fette Dividenden einstreichen, das ist ein schreiendes Mißverhältnis, welches keinerlei vernünftigen Grund für sich geltend machen kann, sondern lediglich den historischen sozialen Zuständen auf's Kerbholz gebracht werden muß, dem Klassenstaat, in welchem nicht das Recht der Vernunft, sondern das Recht des Stärkeren herrscht, mag diese Stärke in physischer oder geistiger Ueberlegenheit bestehen; wie es ja auch lediglich dem Recht des Stärkeren zuzuschreiben ist, daß der Unternehmer die spolia opima (fette Beute) der Produktion, den sogenannten

Mehrwert oder den Löwenantheil, in die Tasche schiebt.

Beicht wäre es uns, weiter nachzuweisen, daß auch im kapitalistischen Klassenstaat diejenigen, welche am meisten leisten, viel schlechter bezahlt sind als andere, welche viel weniger leisten. Es sei nur an zahlreiche Erfahrungen erinnert. Der Erfinder mußte am Hungertuch nagen oder wurde mit einer Bagatelle abgefunden, während die Kapitalisten sich der Erfindung bemächtigt und Millionen damit verdient haben. Wir wollen an die geistigen Arbeiter verschiedener Art erinnern. Und wie viele, selbst hohe Beamte sind im Verhältnis zu ihren Leistungen weit geringer entlohnt als zahlreiche Kapitalisten, und während diese ihren Kindern große Vermögen hinterlassen, sind die Beamten vielfach nicht in der Lage, ihren Kindern, besonders Töchtern, eine sogenannte „standesgemäße“ Versorgung angedeihen zu lassen. Würde die Bürokratie mehr nach oben statt nach unten blicken und würde sie sich von den traditionellen Vorurtheilen ihrer Klasse lossagen können, so müßte sie längst eingesehen haben, daß ihr Klasseninteresse sie auf die Sozialdemokratie verweist.

Die wahre Sparsamkeit des Arbeiters.

In der Zeitschrift „Der achtstündige Arbeitstag“ verbreitet sich B. Argriades-Paris über die Arbeitszeit. Er erklärt: Wenn die Arbeiterpartei in Frankreich eine internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung und die Festsetzung des Arbeitstages auf acht Stunden verlange, so thue sie dies wahrlich nicht vom „revolutionären“ Standpunkte aus und verstehe darunter auch keine Reform für die künftige Gesellschaft. Es handele sich vielmehr um eine Forderung, welche, wenn von der Arbeiterklasse aller Länder durchgesetzt, die allgemeine Umgestaltung erleichtern werde.

Der Verfasser erinnert an die Erklärung, die im Jahre 1867 der Genfer Kongreß der Internationale abgab:

„Die Vorbedingung aller Verbesserungsversuche, ohne welche letztere misslingen würden, ist die Beschränkung der Arbeitszeit. Diese Beschränkung soll die Gesundheit und Körperkräfte der Arbeiter stärken und ihnen die Möglichkeit gewähren, sich intellektuell mit Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse und die politische Wirksamkeit zu entwickeln.“

Jedermann weiß heute, daß übermäßige Arbeit das Nerven- und Muskelsystem und schließlich die Kraft selbst erschöpft, was gleichbedeutend ist mit Blutmuth und am Ende sogar mit der Zerstörung des Körpers des Arbeiters.

Zum Beweis erinnern wir bloß an folgende Thatfache: Als die niederträchtigen Ausbeuter der Neger in den Südstaaten der amerikanischen Union einen noch größeren Mehrwert aus dem Baumwollenerport herauszuschlagen wollten, trieben sie die Ueberanstrengungen ihrer Sklaven derart auf die Spitze, daß der Verbrauch eines Negerlebens während sieben Jahren Arbeit zum integrierenden Bestandtheil eines kalkülirig berechneten Systems wurde. Bei dieser Gelegenheit antworten wir mit Karl Marx denen, welche den Arbeitern Sparsamkeit empfehlen: „Du predigst mir bezaubert das Evangelium der Sparsamkeit und Enthaltensamkeit; ganz wohl! Ich will mit meinem einzigen Vermögen, meiner Arbeitskraft, haushälterisch umgehen und mich jeder wahnsinnigen Vergeudung desselben enthalten.“

Doch wir wollen uns die ökonomischen Folgen des Uebermaßes von Arbeit ansehen, wie es heute in Frankreich sich zeigt. Man hat so viel geklagt über den Frohdienst des alten Regiments! Die Mehrarbeit jedoch, welche heute der Arbeiter dem Kapitalisten liefert, überschreitet um Vieles den früheren Frohdienst; nur

erscheint dies Demjenigen nicht so deutlich, welcher nicht näher darüber nachdenkt.

Der Bauer unter dem alten Regime zum Beispiel, welcher höchstens zwei Tage in der Woche für seinen Herrn arbeitete, befand sich in besserer Lage als der heutige Lohnarbeiter, weil, wenn nach der Statistik fünf Stunden Arbeit für den Arbeiter genügen, um sich alles Nöthige für seinen Lebensunterhalt zu verschaffen, bei zwölfstündiger Arbeitszeit 7 Stunden Mehrarbeit dem Arbeitsherrn zufallen, d. h. der moderne Lohnarbeiter leistet täglich sieben Stunden Frohdienst. Und da gibt es Menschen, welche das alte Regime brandmarken, aber sich empören, sobald man ihnen von Arbeiterforderungen spricht. Wie stumpsinnig ist doch die menschliche Vernunft!

Je mehr der Lohnarbeiter heute arbeitet, um so schlimmer gestaltet er seine Lage, weil übermäßige Arbeit zur Ueberproduktion führt und letztere Vieles arbeitslos macht und dem Elend anheimfallen läßt. Aber, wenden die Bourgeois ein, wird die Arbeitszeit verringert, so ist die Folge davon eine Reduktion der Löhne. Dies ist durchaus falsch, denn da, wo zwei Arbeiter beschäftigt werden, welche zusammen 24 Stunden im Tag Arbeit leisten, wird man, beim Maximalarbeitstag von acht Stunden drei Arbeiter beschäftigen und dadurch wird das Arbeitsangebot gesteigert, die Arbeitsnachfrage seitens der Arbeiter dagegen vermindert.

Es ist das übrigens in England, wo die Arbeitslöhne um 20 bis 30 Prozent höher sind als in Frankreich, unbestreitbar festgestellt. Nichtsdestoweniger arbeitet in Frankreich der Arbeiter zwölf Stunden täglich und selbst noch mehr.

Aber man muß nicht glauben, die Reduktion der Arbeitszeit sei vollständig zum Nachtheil des Arbeitsherrn. Die Erfahrung hat bewiesen, daß der Arbeiter um so produktiver ist, je mehr er sich erholen kann. In Wirklichkeit kann der regelmäßig Arbeitende in zehn Stunden das nämliche Arbeitsquantum hervorbringen wie in zwölf Stunden. In England hat das Zehnstundengesetz den Unternehmern mehr genützt als den Arbeitern.

Die Industriellen an der „Arbeit“.

Eine Versammlung von Delegirten des Zentralverbandes deutscher Industrieller tagte am 24. November in Berlin, um sich mit den Beschlüssen der Arbeiterschutz-Gesetzgebungskommission zu beschäftigen. Es wurden einstimmig nachstehende Resolutionen gefaßt, welche dem Reichstag in einer Denkschrift zur Annahme empfohlen werden sollen:

Die allseitig angestrebte Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen hat die Aufrechterhaltung und entsprechende Steigerung der nationalen Gütererzeugung zur unumgänglichen Voraussetzung. Ohne eine Vermehrung der für den jährlichen Verbrauch zur Verfügung stehenden Gütermenge fehlt es an der Grundlage für eine gesteigerte Lebenshaltung und für den vermehrten Verbrauch der breiten Massen der Bevölkerung; ein Rückgang der nationalen Gütererzeugung und folglich des Nationalwohlstandes würde in seinen Folgen gerade die arbeitenden Klassen an erster Stelle und am empfindlichsten schädigen.

Von diesen Gesichtspunkten geleitet, glaubt der Zentralverband deutscher Industrieller zu den in erster Lesung gefaßten Beschlüssen der zur Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung im Reichstage eingesetzten Kommission wie folgt Stellung nehmen zu sollen:

I. Die Ruhe an Sonn- und Festtagen. § 105 a bis 105 b.

Durch die Beschlüsse der VIII. Kommission des Reichstages ist die für Sonn- und Festtage obligatorische Ruhezeit wesentlich über die von dem Gesetzentwurf gegebenen Bestimmungen und über die Grenze des auch von dem Zentralverbande anerkannten Bedürfnisses hinaus erweitert worden.

In Erwägung, daß es nicht zweckmäßig ist, große Industrien bezüglich ihrer Existenz bedingender Beziehungen in der

Hauptfrage abhängig zu machen von Ausnahmemaßregeln, deren Erlaß und Dauer gesetzlich nicht verbleibt sind, erachtet der Zentralverband, unbeschadet seiner prinzipiellen Anerkennung der verfolgten Ziele, zunächst die Wiederholung der Vorlage für geboten, dann aber auch die Berücksichtigung der in seiner Denkschrift vom 27. Mal d. J. hervorgehobenen Bedenken.

II. Kontraktbruch. § 125.

Der Zentralverband konstatiert mit Befriedigung, daß mit der dem Abs. 1 des § 125 gegebenen Fassung von der Kommission anerkannt worden ist, daß die Verweigerung auf einen im gewöhnlichen Zivilprozeß geltend zu machenden Schadenersatz nicht den erforderlichen Schutz gegen den Kontraktbruch gewährt. Die engen Grenzen der von der Kommission vorgeschlagenen Bestimmungen würden dieselben jedoch unwirksam machen. Sie gewähren auch in keiner Weise eine Ausgleichung für die den Arbeitgebern durch den Kontraktbruch erwachsende Schädigung.

Für den Zentralverband bleiben jedoch auch in Bezug auf die von der Kommission dem Anspruch des Arbeitgebers gegebene Form die Bedenken bestehen, welche er in seiner Denkschrift gegen die von dem Gesetzentwurf in's Auge gefaßte „Buße“ erhoben hat.

Da nach Lage der Verhältnisse eine direkte strafrechtliche Verfolgung des Kontraktbruchs nicht in Vorschlag gebracht werden kann, so erblickt der Zentralverband die einzige dem anerkannten Prinzip und praktischen Bedürfnis entsprechende Lösung in der dem Arbeitgeber zu erteilenden Ermächtigung, durch Vereinbarung einer mittelst Abzug vom rückständigen Lohn einzuziehenden Konventionalstrafe den Schutz gegen Kontraktbruch zu erhöhen.

III. Arbeitsordnung. § 134 a bis 134 g.

Unter wiederholter Anerkennung der Bestimmung, durch welche der Erlaß einer Arbeitsordnung für alle Fabriken obligatorisch gemacht wird, muß der Zentralverband in Bezug auf die weiteren, die Arbeitsordnung betreffenden Bestimmungen auf dem in seiner Denkschrift eingenommenen Standpunkte verharren.

Gestützt auf den beiderseits freiwilligen Charakter des Arbeitsvertrages, beansprucht der Zentralverband für den Arbeitgeber das Recht, den Inhalt der Arbeitsordnung selbstständig festzustellen und erhebt er Widerspruch besonders gegen die Bestimmung des § 134 d.

Die Kenntnis der Bewegung und der Strömungen in den Arbeiterkreisen haben zu der Ueberzeugung führen müssen, daß das den Arbeitern zu gewährende gesetzliche Recht, über die Arbeitsordnung gehört zu werden, nicht die friedliche Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber fördern, sondern zur Verschärfung des Gegensatzes, zur Steigerung der Verbitterung und zu vermehrten heftigen Kämpfen führen wird.

Den Intentionen der Kommission gemäß soll durch das Gesetz das Recht des Arbeitgebers, Strafen zu verhängen, auf's äußerste eingeschränkt, das Recht, mittelst der Arbeitsordnung auch auf das Verhalten der Arbeiter außerhalb der Betriebe einzuwirken, abgeschafft werden. Nun wird und kann aber das Recht des Arbeitgebers, nach freiem eigenen Ermessen den Arbeitern zu kündigen und sie zu entlassen, nicht in Frage gestellt werden. Die Folge jener Intentionen, wenn sie Gesetz werden, wird daher sein, daß, im Interesse der Erhaltung von Ordnung und Disziplin, an die Stelle der Regelung durch Arbeitsordnung und Strafen, die Entlassung treten wird. Dadurch wird, abgesehen von den immerhin seltenen Fällen außerordentlicher Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte, die Lage der Arbeiter wesentlich verschlechtert werden.

Der Zentralverband spricht sich daher gegen die in vorstehend bezeichneter Richtung gefaßten Beschlüsse der Kommission aus, für welche freilich gewisse Anhaltspunkte in der Gesetzesvorlage enthalten sind.

Die Errichtung von Arbeiterausschüssen betreffend, muß der Zentralverband eben, auch bereits in der Kommission herangezogenen Versuch bekämpfen, die Arbeiterausschüsse von außen her obligatorisch und allgemein einzuführen. Ob und in welcher Form derartige Ausschüsse als zweckmäßig erscheinen, muß dem freien Ermessen des Arbeitgebers nach Maßgabe der speziellen Verhältnisse überlassen bleiben.

Diese Stellungnahme des Zentralverbandes ist begründet auf die Erfahrung, daß die Arbeiterausschüsse zur Förderung der allgemeinen Organisation der Arbeiter mitgebraucht werden, und daß eine solche Organisation, wie zahlreiche Vorgänge lehren, nicht die Förderung des sozialen Friedens sondern die äußerste Verschärfung des Gegensatzes und des Kampfes bedeuten.

IV. Die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Personen und Arbeiterinnen. §§ 135 bis 139.

In seiner mehrerwähnten Denkschrift hat der Zentralverband allen bedeutungsvollen, zum Schutze der vorbenannten Arbeiterkategorien in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen unumwunden zugestimmt.

Bedenken hat der Zentralverband wesentlich nur gegen diejenigen Bestimmungen erhoben, welche besonders durch eine zu weit getriebene unterschiedliche Behandlung der verschiedenen in einer Fabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine für die Existenzbedingungen der deutschen Industrie zu weit gehende Schränkung der Arbeitszeit, oder den gänzlichen Ausschluß gewisser Arbeiterklassen von der Fabrikarbeit zur Folge haben müssen.

Diese Bedenken sind noch wesentlich vermehrt worden durch die Beschlüsse der Kommission, welche das System der unterschiedlichen Behandlung und der Kürzung der Arbeitszeit noch weiter ausgebildet haben.

Im Interesse der Industrie, in höherem Maße aber noch im Interesse der Erwerbsfähigkeit und Lebenshaltung der Arbeiterfamilien, welche durch die in Rede stehenden Beschlüsse geschädigt und herabgedrückt werden würden, befürwortet der Zentralverband nochmals dringend die Beachtung der in dieser Beziehung in seiner Denkschrift gestellten Anträge.

V. Die dem Bundesrath zu erteilende Ermächtigung, Ausnahmen von den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen. § 139 a.

Durch die Ziffern 2 und 3 des § 139 a der Vorlage soll dem Bundesrath die Ermächtigung erteilt werden, Ausnahmen zu gewähren in Bezug auf die Bestimmungen für die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Insbesondere soll nach Ziffer 2 die Verwendung von Arbeiterinnen über 16 Jahren zur Nachtzeit für gewisse Fabrikationszweige gestattet werden können, in welchen sie bisher üblich war.

Diese Bestimmung in Ziffer 2 ist von der Kommission abgelehnt worden.

Ferner ist in Ziffer 3 von der Kommission abgelehnt der Erlaß von den betreffenden Ausnahmen für Spinnereien und dabei ausdrücklich bestimmt, daß die Beschäftigung von jugendlichen Arbeiterinnen sechs bis acht Stunden wöchentlich nicht übersteigen darf.

In sehr bedeutenden Industrien findet, theils veranlaßt durch die Natur der Betriebe, theils durch die örtliche Gestalt der Arbeiterverhältnisse, ohne Gefährdung der Gesundheit und Sittlichkeit, noch Beschäftigung von Arbeiterinnen zur Nachtzeit statt. Ein Verbot solcher Nachtarbeit müßte diese Betriebe in schwere Verlegenheit bringen, da Ersatz durch männliche Arbeiter zu beschaffen vielfach unmöglich sein würde. Es würde sich aber auch für die außer Brod gesetzten Arbeiterinnen nur schwer andere Gelegenheiten zu ehrlichem Gewerbe finden, um so mehr, da, wo Tag- und Nachtschichten wechseln, der Erlaß der Nachtarbeit durch Arbeiter auch den Ausschluß der Arbeiterinnen von der Tagesarbeit zur Folge haben würde.

Durch die von der Kommission in Bezug auf die Ziffer 3 gemachten Einschränkungen wird insbesondere die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter in Spinnereien, dem bestehenden Zustande entgegen, beschränkt und dadurch den betreffenden Betrieben wesentliche Erschwernisse bereitet, welche in vielen Fällen zum Ausschluß der jugendlichen Arbeiter und damit zur Schädigung der Erwerbsverhältnisse der Arbeiterfamilien führen muß.

In Ermägung aller dieser Umstände beantragt der Zentralverband die Wiederherstellung und Annahme des § 139 a Ziffer 2 und 3.

VI. Die Verantwortlichkeit der Gewerbetreibenden für Uebertretung der gesetzlich vorgeschriebenen Schutzmaßregeln. § 151 Abs. 1.

In der Gesetzesvorlage wird anerkannt, daß die Gewerbetreibenden besonders solcher größeren Betriebe mit in gewissem Grade selbstständigen Werksstätten oder Abtheilungen, wenn sie in Auswahl und Beaufsichtigung ihrer Beamten mit der erforderlichen Sorgfalt vorgehen, nicht für die Uebertretungen verantwortlich gemacht werden dürfen, die in Bezug auf die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung von den Beamten begangen werden. Dieser Gedanke ist in dem Abs. 1 des § 151 zum Ausdruck gelangt, derselbe hat jedoch nicht die Billigung der Kommission gefunden.

In Ermägung des Umstandes, daß bei Fortdauer der jetzt geltenden Gesetzgebung und mit Rücksicht auf die vielfach verschärfte Schutzmaßregeln viele größere Arbeitgeber der Gefahr einer Bestrafung für eine von ihren Beamten begangene Uebertretung sich dadurch entziehen werden, daß sie, so viel als thunlich, die Beschäftigung der geschützten Personen vermeiden werden; in fernerer Ermägung, daß dadurch ganz besonders vielen

jugendlichen Personen die Gelegenheit genommen wird, sich zu nützlichen, leistungsfähigen Arbeitern auszubilden, und daß die Lebenshaltung der betreffenden Arbeiterfamilien herabgedrückt werden wird, beantragt der Zentralverband die Wiederherstellung der Bestimmung im § 151 Abs. 1 der Vorlage.

VII. Die Anwendung von Zwang, Androhung, Ehrverletzung oder Berrückerklärung bei Ausübung des Koalitionsrechtes. § 153.

Das rechtswidrige Verhalten der Arbeit bei ausbrechenden Arbeitskämpfen hat nach den von dem Herrn Minister in der Kommission gegebenen Nachweisungen erschreckend n Umfang angenommen. Bei den bedeutendsten dieser Streiks ist zu beachten gewesen, daß namentlich die älteren, ruhigeren, mehr besonnenen Arbeiter sich nur aus Furcht und gezwungen der Bewegung anschließen.

Es steht daher der durch die Bestimmungen des § 153 der Vorlage den Arbeitern gegen Vergewaltigung durch die zu Ausschreitungen und Streiks mehr geneigten, jüngeren, wilden Elemente gewährte Schutz an Bedeutung durchaus nicht dem Schutze nach, welcher dem Arbeitgeber gegen Kontraktbruch gewährt werden soll.

Der Zentralverband beantragt daher die Wiederherstellung und schließliche Annahme des § 153 der Vorlage.

Eines Kommentars bedürfen die Resolutionen nicht. Sie enthalten das Programm der Herren Großindustriellen, und liefern einen neuen Beweis dafür, daß diese Herren unverbesserlich sind.

Der Krach in London.

Das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe gleicht einem einzigen, ungeheuren Schlachtfeld. Die Großen und Starlen zerschmettern die Kleinen und Schwachen, um sich dann selbst zu zerfleischen. Alle Kräfte sind in Gewitterpannung und unaufhörlich zuckt das brohende Wetterleuchten der Krisen und Katastrophen über dem Chaos des Kampfes. Zuweilen auch schlägt ein Blitzstrahl in das wilde Gewühl, einige Sekunden das laute Toben der Schlacht überbrüllend und selbst die Verwegensten mit Schrecken durchzitternd. Doch nur einige Augenblicke — die Schlacht rast weiter.

Ein solcher Blitzschlag, und zwar einer der furchtbarsten und wirkungsvollsten seit Bestehen der kapitalistischen Kultur überhaupt, hat Ende voriger Woche in London gezündet heillose Verwirrung selbst in die Reihen der stärksten Kapitalriesen getragen.

Drohende Sturmwolken am amerikanischen Börsenhimmel hatten das Unwetter einige Tage vorher angefündigt. Dort ließ der reichste New-Yorker Eisenbahnkönig Jay Gould, als Hauptling einer Vereinigung von nordamerikanischen Börsenmagnaten, seit Wochen schon sein schweres Geschütz gegen ein Konsortium von Eisenbahnspulanten, welches seine Papiere mit Hilfe überpanter Hoffnungen, die alle Preisreiber der Börsenwelt auf das Zustandekommen der amerikanischen Silberbill setzten, in schwindelhafter Höhe getrieben hatte. Die Bill brachte eine Enttäuschung, die Aktien der Willardianer erlitten einen Preissturz, der eine halblote Panik auf den Börsen Amerikas und des Kontinents hervorrief. Gould triumphierte, Millionen waren gewonnen und verloren, ein halbes Duzend Börsenjobber war dem Wahnsinn nahe, ja einen von ihnen trug man in New-York mit zerprungener Ader vom Plage, ein Viertelhundert großer und kleiner Bankhäuser wankten erbötlich verwundet.

Aber die Kanonen und Mordwaffen des Kapitals tragen ihre Geschosse tauendmal weiter, als die besten Stahlgewehre der irdigen. In London standen die Hülfsgruppen der Willard'schen Spekulantenspartei. Dort hin richteten Gould und Genossen jetzt ihr mörderisches Feuer. Und auch hier mit einem Erfolge von so beispielloser Wirkung, daß selbst den mutigsten Börsenhelden das Blut zu Eis erstarrte, daß sie noch heute wie vom Nervenschlage gelähmt stehen.

Wie? — Was? — Unmöglich! — Unglaublich! — Baring Brothers, die älteste und angesehenste Bankfirma von England, Baring Brothers, deren Reichthum den Familiengliedern Bairs- und Lordschiff eingebracht hatte, Baring Brothers, dessen Vermögen man auf 500 Millionen Mark, zeitweise auf eine Milliarde schätzte, Baring Brothers, die stolzesten Nebenbuhler Rothschild's, stehen vor dem Bankerott? — Unmöglich! — unmöglich!

Und wie? Was? — Die „Bank von England“, die größte der Welt, deren Reichthümer und Schätze alle Märchen aus Tausend und einer Nacht in Schatten stellten, jene „Bank von England“, die als Grundmauer des ganzen kapitalistischen Kleinstbaues gilt, diese „Bank von England“ muß bei jener Frankreichs um einen Vorstoß bitten,

ja muß — unglaublich! — selbst den russischen Finanzminister um 60 Millionen Mark „anpumpen“?

Der Zusammenbruch des ganzen kapitalistischen Bauwerks hätte kaum bedauerlicher auf die Bourgeoisie der Kulturwelt wirken können, als diese Thatfachen. Die im Solde des Kapitals stehende „Presse“ log und verdrehte, beruhigte und vertuschte bis zum letzten Augenblick, aber es half nichts, das Fallissement von Baring Brothers und der „Krach“ waren unausbleiblich.

Wie war das möglich geworden? — Baring Brothers, eine der größten und solidesten Bankfirmen der Welt, deren Ansehen und Machtstellung für unergänglich galten, hatten seit Jahren ein fabelhaftes Vermögen in argentinische und uruguayische Spekulationspapiere und nordamerikanische Eisenbahnwerte gesetzt. Alle Anleihen Südamerikas schienen sie monopolisiert zu haben. Da erschütterte die jüngste Revolution in Argentinien das Vertrauen des Kapitals in die Zukunft dieser Republik, die Papiere derselben gingen unter dem enormen Druck der Goldvaluta tief herunter. Gleichzeitig soll die russische Regierung, welche von dem Baring'schen Engagement Kenntnis erhalten hatte, ihr Depot von 100 Millionen Mark zurückgezogen haben; auch andere Gläubiger sollen, durch die umherwirrenden Gerüchte beunruhigt, dasselbe gethan haben. Wie dem auch sei, es bedurfte nur des bereits erwähnten Preissturzes der Willard'schen Eisenbahnaktien, um die Schwierigkeiten des mächtigen Handelshauses akut zu machen.

Baring Brothers konnten Ende voriger Woche ihre Verbindlichkeiten nicht mehr erfüllen und wandten sich hilfesuchend an die „Bank von England“, welche wieder erst mit Hilfe französischer und russischer Vorküsse die „Königin“ einige Tage über Wasser halten konnte. Später trat unter dem Vorhitz Rothschild's eine Versammlung der ersten englischen Bankhäuser zusammen, welche unter der Bedingung, daß Baring liquidirt, einen Garantiefond von 300 Millionen Mark aufbrachten und die Einlösung der heute auf 430 Millionen geschätzten Verbindlichkeiten übernehmen. Rothschild und Konsorten belehnten die jetzt sehr billigen „Argentiner“, Baring Brothers aber streckten die Waffen. Ein Waffenstrecken war es in der That, ein Waffenstrecken vor dem Sieger Rothschild, der bereits heute als derjenige genannt wird, welcher in Zukunft die Finanzen Argentiniens mit seinem „Schutze“ beglücken wird. Dies letztere erklärt alles, die Hilfsbereitschaft der Bank von Frankreich und jene Kuplands, vor allem auch die Wirksamkeit des Jay Gould'schen Schnellseuers. Rothschild, der Bundesgenosse Jay Gould's theilt die Beute; der erbitterte Kampf, den er seit Jahren gegen den ihn ebenbürtigen Rivalen Baring führte, ist zu Ende, vorläufig heißt es: Halt auf der ganzen Linie.

Die „hohe Finanz“ beider Welten, das zentralisierte Großkapital, dem zuletzt doch alle Siegeserfolge in den Schooß fallen, stimmt ein Freundengeheul an. Wieder sind einige Gegner zermalmt, die Bahn ist freier denn je, auf zu neuen Schlachten! Aber den Vierzehntelgrößen der Handelswelt, dem Heer der Börsenknechten schlottern die Kniee. Das dunkle Gefühl drohenden Unheils, neuer Katastrophen lastet auf ihnen, denn jeder fürchtet, unter den Scherben zu sein, die dem gestürzten Götzen nachliegen müssen.

Man sieht, die „Krisen“ nehmen kein Ende. Der französische Kupfer-, der amerikanische Silber- und jetzige englische Geldkrach sind sich schnell gefolgt, da bleiben nur noch die russischen Staatspapiere übrig, die jetzt gerade in Paris neu zur Zeichnung aufgelegt werden sollen. Das Kapital ist wirklich zu bebauern. Nun — die lagenjämmerliche Stimmung der Spekulantenspartei wird nicht lange andauern. Der Fluß der Geldzunahme, welcher im kapitalistischen Zeitalter ununterbrochen auf dem Lebensgrund von Millionen Proletariats lastet und heute zur Abwechselung einmal die Reihen der oberen Behntausend durchbebt, wird der Bourgeoisie den Glauben an die „beste aller Welten“ nicht nehmen. Im Gegentheil, ein Blick auf das eigentliche Schlachtfeld muß alle profitdürstenden Herzen mit Entzücken erfüllen.

Die Opfer dieses Börsenkampfes sind ja auch gar nicht die Baring's und Willard's oder jene Wandel Börslaner, die todt oder wahnstinnig vor Aufregung die Wahlstatt bedecken. Die wirklichen Opfer verbluten wo anders.

Die furchtbare „Krise“, welche jenes gewissenlose Würfelspiel der Börsenkönige den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft zufolge unabänderlich nach sich ziehen muß, trifft vor Allem die Arbeiterklasse. Hunderttausende von Arbeitskräften werden die fallenden Eisenbahngesellschaften und verkrachten Unternehmungen auf das Pfaster werfen, neue Hunderttausende Arbeitsloser werden das riesengroße Heer der industriellen „Arbeitsbearmer“ vergrößern. Für das Kapital wird es eine Kleinigkeit sein, der jetzt um so widerstandsloseren millionenköpfigen „über-

Schlaggen: Arbeitskraft neue Mehrwertsgoldstücke zu entpressen und die Verluste doppelt und dreifach zu erlegen. Der nun folgende „Aufschwung“ wird dem Großkapital zu gute kommen, so gut wie ihm die „Krise“ allein Vortheil gebracht hat.

Die Sache der Börseorgie zählt das Proletariat — den nicht um Millionen von Goldstücken wurde in Wahrheit gespielt, sondern um Hunderttausende von Arbeiter-Erlösen.

(Volltribüne.)

Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zu den 3000 Arbeitern und Arbeiterinnen, welche seit längerer Zeit für ihr Koalitionsrecht sich im Kampfe befinden, sind seit Montag, den 24. November, 3000 hinzugekommen. Es sind dieses sämmtliche in Hamburg, Altona, Wandsbek und Ottensen beschäftigten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, welche unerwartet in freiwilliger Weise auf's Pfahler gesetzt sind, weil sie nicht Willens sind, ihr gesetzlich gewährtestes Koalitionsrecht ohne Weiteres preiszugeben.

Die Anforderungen an die unterzeichnete Kommission sind dadurch bedeutend erhöht, weshalb alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands dringend ersucht werden, sofort alle disponiblen Mittel an die Adresse des Kassiers A. Dammann, Fürstenplatz 2, 1., Hamburg, einzufenden, um wenigstens einigermaßen unterstützen zu können.

Situationsbericht folgt.
Die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Begien, Vorsitzender.
Hamburg, 26. November 1890.
Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Aufruf an alle Gewerkschaften und Arbeiter Deutschlands!

Seit Anfang d. J., mithin vier und einen halben Monat, befinden sich die Glasmacher der Gärten in Bergedorf, Ottensen und Flensburg im Auslande; dieser Ausstand ist das Werk einer Anzahl Fabrikanten, die in ihrem Fabrikantenstolz und Fabrikantenübermuthe in dem Arbeiter nichts Anderes erblicken, als ein willenloses Werkzeug, das sich ihrem (der Fabrikanten) Willen unbedingt und schweigend zu unterwerfen habe, wie im Nachstehenden gezeigt werden soll.

Die Arbeiter genannter Gärten haben sich vor einem Jahre eine Fachorganisation gegeben, auf Grund deren sie die im Glasarbeitergewerk eingerissenen Uebelstände beiseitigen und durch Einführung vernünftiger Reformen die Lage der Arbeiter zu verbessern trachteten. Die Fabrikanten, die durch Gründung von Ringen, Kartellen und Verbänden die günstigen Konjunkturen im Gewerke meisterlich auszunutzen verstanden und noch verstehen, widersezten sich der Arbeitervereinbarung auf das Festigste und erklärten den Arbeitern den Krieg unter dem Fehlschrei: „Entweder Ihr tretet aus Eurem Fachverein, oder Ihr erhaltet nirgends Arbeit mehr.“ Die Arbeiter nahmen den ohne jede äußere Veranlassung, ohne jeden rechtmäßigen Grund hingeworfenen Fehlschrei auf und weigerten sich, aus ihrer Organisation auszutreten.

Darauf erfolgte der Ausschluß der Arbeiter aus allen im Fabrikantenring verbundenen Betrieben und seit dem 7. Juli können die genannten Arbeiter nirgends Arbeit finden. Denn die „humanen“, „christlich“ gesinnten „Arbeitgeber“ fertigten schwarze Listen — die man mit vollem Rechte „Hungergeißeln bezug Fabrikantenhumors des neunzehnten Jahrhunderts“ nennen könnte — an und versandten diese an alle deutschen, ja sogar außerdeutschen Gärten.

Mitten in diesen Kampf fiel die Abhaltung des Allgemeinen Deutschen Glasarbeiter-Kongresses in Bergedorf, welcher die Gründung eines Allgemeinen Deutschen Glasarbeiter-Verbandes beschloß und dessen Sitz nach Bergedorf und den Sitz des Ausschusses nach Ottensen verlegte. Nunmehr erließ die Fabrikantenschaft der verbundenen Gärten an „ihre“ Arbeiter Warnungen, bei Strafe sofortiger Entlassung — welche gleichbedeutend mit Arbeitsausschluß ist — dem Verbände der Glasarbeiter beizutreten.

Der Zweck des Fabrikantenrings ist: Die ganze Bewegung der Glasarbeiter lahm zu legen und zu sprengen, damit die Arbeiter nicht zum Bewußtsein ihrer Klassenlage gelangen, daß sie die Fährung mit den Arbeitsgenossen allerorts verlieren sollen und somit die Herren „Arbeitgeber“ ihr Ausbeutungsgeschäft

besto ungehinderter und wirksamer betreiben können.

Diesem Ansturm des Fabrikantenrings haben die Arbeiter bisher mit bewundernswertem Heldentum und mit den größten Opfern und Entbehrungen aller Art Trost geboten. Aber je länger der Kampf währt, desto schwerere Wunden müssen die nichts als ihr gutes Recht besitzenden Arbeiterkämpfer auszustehen haben.

Für die Gewerkschaften Deutschlands und für die Glasarbeiterchaft allerorts insbesondere ist es eine Pflicht der Solidarität, daß sie die um ihre wichtige Waffe gegen willkürliche Ausbeutung und Unterdrückung, das ist um ihr Koalitionsrecht, streikenden Glasarbeiter mit allen Kräften unterstützen.

Der Direktor der vereinigten Gärten in Ottensen soll gesagt haben: „Und wenn es noch eine Million kostet, ich gebe nicht nach!“ Seht, Arbeiter! So hoch schlagen Fabrikanten Euer Koalitionsrecht an! Noch höher aber müßt Ihr es vorausschlagen! In der That ist der unorganisierte Arbeiter heute nichts als eine Seifenblase, die im Winde spurlos verschwindet.

Darum, Arbeiter allerorts! Gegen das verbündete Unternehmertum — die verbündete Arbeiterchaft um jeden Preis! Hilfe thut dringend noth!

(Vetr. Sendungen verwelsen wir auf die Beschlüsse der Berliner Gewerkschaftskongferenz, welche in voriger Nummer enthalten sind. Die Redaktion.)

Der allgemeine Ausschluß der Tabakarbeiter von Hamburg-Altona-Ottensen-Wandsbek.

Seit Jahren haben trotz der steigenden Mithen und Lebensbedürfnisse die Zigarrenfabrikanten die Löhne ihrer Arbeiter immer tiefer heruntergedrückt, obgleich gerade der Verdienst der Zigarrenarbeiter schon immer gegenüber dem der Arbeiter anderer Gewerke der niedrigste war; Schuld daran war die Uneinigkeit unter den Zigarrenarbeitern — eine wesentliche Folge der Hausindustrie. Nur den Zigarrensortirern, welche fast ausschließlich in Fabriken beschäftigt sind, gelang es in Folge ihrer starken Organisation, ihre Lage wesentlich zu verbessern. In diesem Jahre versuchten nun namentlich die Zigarrenarbeiter, welche trotz der denkbar schwierigsten Verhältnisse in den letzten Jahren sich der großen Weisheit nach dem Unterstufungsverein deutscher Tabakarbeiter angeschlossen hatten, ebenfalls eine Erhöhung ihrer erbärmlichen Löhne anzustreben und wurden dieselben hierin von den Sortirern, welche laut dem Beschluß der Brandenburger Generalversammlung des Tabakarbeiter-Vereins solidarisch mit den Zigarrenarbeitern vorzugehen verpflichtet sind, thatkräftig unterstützt.

Auch bei der Hamburger Firma Müller u. Burghard wurden in der letzten Woche Zigarrenarbeiter und Sortirer durch eine gemeinsame Deputation vorstellig, um derselben eine Lohnforderung der Arbeiter von 15 Prozent zu unterbreiten. Wenn man bedenkt, daß die Firma zu denen gehört, welche von den hiesigen Fabrikanten die niedrigsten Preise mit bezahlt, wenn man ferner erwägt, daß der Durchschnittsverdienst der Zigarrenarbeiter in hiesiger Gegend 15 $\%$ nicht übersteigt, so ist diese Forderung als eine übermäßig hohe wohl nicht zu bezeichnen. Die Firma hat sich von den Arbeitern eine Bedenkzeit aus, welche derselben bis zum Abend des betreffenden Tages bewilligt wurde und erklärte nach Ablauf derselben, daß sie eine Lohnerhöhung von 15 Prozent nicht bewilligen könne; namentlich bei den billigen Sorten, wofür an Arbeitslohn 10 und 11 $\%$ pro Mille bezahlt werde, könne sie nur 1 $\%$ pro Mille zulegen, sie bewilligte eine Lohnerhöhung von 10 Prozent bei sämmtlichen Sorten und ersuchte die Deputation, bei den Arbeitern dafür einzutreten zu wollen, daß die 10 Prozent Zulage angenommen würde. In der Versammlung der Arbeiter war es namentlich die von den hiesigen Zahlstellen des Vereins gewählte Lohnkommission der Tabakarbeiter, welche den Arbeitern anempfahl, trotzdem ihre Forderung von 15 Prozent ja eine vollständig gerechte sei, die bewilligten 10 Proz., um etwaigem Streik vorzubeugen, anzunehmen. Die Arbeiter beschloßen demgemäß.

Als die Deputation der Arbeiter am anderen Morgen in's Komptoir der Firma ging, um derselben diesen Beschluß mitzutheilen, wurde ihnen ein von der Firma ausgearbeiteter Lohnarif elingehändig, nach welchem dieselbe entgegen ihrer ersten Erklärung bei den meisten gangbaren Sorten nur 3 bis 5 Prozent zugelegt hatte. Auf dem Tarif der Firma waren Sorten angeführt, welche überhaupt von derselben in der letzteren Zeit am hiesigen Orte nicht

mehr angefertigt wurden. Einige Sorten hatte die Firma mit einem Aufschlag von 10 Prozent bedacht, einige sogar mit 15 und 20 Prozent, doch kommen diese für die Arbeiter weniger in Betracht, da von denselben nur wenige Zigarren angefertigt werden. Die ganze Mehrbewilligung ist eine so geringe, daß dieselbe nur als ein Spohn auf eine Lohnerhöhung aufgefacht werden kann. Wenn die Arbeiter bei einem Lohn von 11 $\%$ pro Mille 8 Proz. mehr erhalten und wenn man bedenkt, daß sich in diese Zulage der Hausarbeiter, der Zigarrenarbeiter und der Sortirer theilen sollen, so kann sich auch der Nichtfachmann leicht heranzurechnen, was auf die einzelne Person kommt. Erwähnenswerth ist ferner, daß die Firma die von ihr bezahlten Preise in einzelnen Fällen auch noch falsch angegeben hat; eine Sorte, wofür dieselbe bisher 12 $\%$ bezahlt hat, führte dieselbe im Tarif mit 11 $\%$ an, bewilligte darauf dann großmüthig 10 Prozent mehr, so daß nach dem neuen Tarif dann 12,10 bezahlt werden sollten — also 10 $\%$ mehr, als nach dem alten Tarif, macht auf jede Person, welche daran partizipirt, vielleicht 6 $\%$ mehr pro Woche. Das nennt sich Lohnerhöhung von der Firma Müller u. Burghard. Ebenso steht es mit den Lohnbewilligungen bei den Sortirern.

Da die Firma das den Arbeitern gegebene Wort gebrochen hatte, so wurde seitens der Lohnkommission die Sperre über dieselbe verhängt. Jetzt begann die Firma damit, die Arbeiter und die Lohnkommission bei den übrigen Fabrikanten anzuschwärzen. Man hätte nun wohl billiger Weise erwarten können, daß der Fabrikanten-Verein, bevor er Stellung zu der Sache nahm, die Angelegenheit erst einmal geprüft hätte. Anstatt dieses jedoch zu thun, beschloßen die Herren einfach, sämmtliche Arbeiter, welche dem Tabakarbeiter-Verein oder dem Freundlichkeitsklub angehörten, zu entlassen.

Von einem Fabrikanten wurde nun am Montag eine Zusammenkunft von Mitgliedern der Lohnkommission mit dem Vorstande des Fabrikantenvereins veranstaltet. Aber trotz des größten Entgegenkommens der Kommission wurde eine Einigung nicht erzielt.

Am Dienstag Nachmittag wurde der Lohnkommission seitens des Vorstandes des Fabrikantenvereins ein Schreiben zugestellt, in welchem derselbe erklärte, daß er nicht wieder mit der Lohnkommission verhandeln werde.

Es ergibt sich aus diesem zur Evidenz, daß es den Fabrikanten nur um einen Vorwand zu thun war, die allgemeine Maßregelung inszeniren zu können und daß ihnen das Entgegenkommen der Lohnkommission, welches dieselbe bei den Verhandlungen mit dem Vorstande des Fabrikantenvereins beklundete, durchaus nicht in ihren Plan paßte.

Die bestehenden Organisationen der Arbeiter — der Tabakarbeiter- und der Sortirerverein sollen vollständig gesprengt werden — gewiß — die Arbeiter sollen auch ihren Verein haben — natürlich nur einen Verein unter dem Protektorate des Fabrikantenvereins.

Arbeiter! Freunde!

Zu den 3000 Arbeitern Deutschlands, welche sich momentan im Kampfe um ihr Koalitionsrecht befinden, sind durch diese Gewaltmaßregel der Fabrikanten noch weitere drei Tausend hinzukommen.

Mitten im Winter — bei der empfindlichen Kälte — haben die Fabrikanten hartherziger Weise diese Arbeiter und ihre Familien aller Heizmittel beraubt, weil dieselben den Muth hatten, für Verbesserung ihrer traurigen Lage einzutreten. Genossen — die Tabakarbeiter von Hamburg und Umgegend haben bei den Kämpfen anderer Gewerke stets gegeben — dieselben haben noch nie von andern Arbeitern etwas wieder empfangen, weil bei ihnen eine Arbeitslosigkeit durch die Zustände in ihrem Gewerbe fast zur Unmöglichkeit gemacht war. Auch in politischer Beziehung haben dieselben stets ihre Schuldigkeit gethan — es sind die schlechtesten Gestalten unter Euren Brüdern. Seht es nicht zu, daß dieselben durch Hunger oder Kälte getrieben sich den hartherzigen Fabrikanten zu Füßen werfen müssen. Die Fabrikanten spekuliren darauf, wie ein hiesiges Kapitalistenblatt schreibt, daß die Unterstufungsvereine des Vereins durch die fortgesetzten großen Ausschlässe, welche von den Fabrikanten in rascher Reihenfolge in Habersdorf, Braunschweig und Schwagge gegen unseren Verein unternommen wurden und von denen der letztere noch nicht erledigt ist, vollständig geleert sind und daß die Arbeiter deshalb in kurzer Zeit werden nachgeben müssen.

Die Tabakarbeiter Hamburgs haben den ihnen aufgezwungenen Kampf einmüthig aufgenommen —

nur eine Handvoll Verbleibender, die Mitglieder der Klubs der Zigarrensortirer von 1885 haben den Fabrikanten ihre Dienste zur Verfügung gestellt. Ihr Muth und ihr Eifer Genossen nicht im Kampfe im Stich lassen! Die Tabakarbeiter konnten bei ihrem künftigen Lohn Ersparnisse nicht zurückerlegen — schnelle Hilfe ist in diesem Falle nothwendig.

Wir wünschen von Euch, Freunde, nicht, daß Ihr nur für uns gebt, — die 3000 Arbeiter, welche sich mit uns augenblicklich in gleicher Lage befinden, haben ein ebenso großes Anrecht auf Eure Hilfe. Alle Sendungen an den Kassier der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Adresse:

A. Dammann, Hamburg, Fürstenplatz Nr. 2, 1.

Wir bitten Euch — handelt rasch und entschlossen, laßt uns, Arbeiter Deutschlands, den gelobten Kapitalisten bewelsen, daß sie ihre Rechnung ohne die Solidarität der Klassenbewußten Arbeiterchaft gemacht haben und daß daran alle ihre Unterdrückungsgelüste zu Schanden werden müssen. Die Lohnkommission von Hamburg, Altona, Ottensen und Wandsbek.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Korrespondenzen.

Formen.

Greifeld. Die Sperre über die Firma B. Döhmer ist aufgehoben. — Bei der Generalversammlung am 23. November wurden in den Vorstand gewählt: als 1. Vorsitzender Karl Kühne, als 2. Vorsitzender Albert Gashaus, als Kassier Franz Dinnenbahl, als Schriftführer Mathias Kühne; als Revisoren: Ludwig Thiel und Johann Neuhäuser. Das Geschehnis beim 1. Vorsitzenden, Königshof Nr. 40, Mittags 12 bis 1 Uhr und Abends halb 8 bis 9 Uhr, ausbezahlt. Briefe sind an den Schriftführer, Math. Kühne, Königshof 10, zu richten.

Frankfurt a. O. In der am 29. November stattgefundenen Versammlung des Fachvereins der Formen und verwandter Berufsgenossen erfolgte Rechnungsablegung für das am 1. November stattgefundene Stiftungsfest. Es wurde dabei ein Uebereschuß von 14 $\%$ erzielt. Auf Antrag des Kollegen Erpel wurden 10 $\%$ zum Agitationssfond an Th. Schwarz geschickt. Bei „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den Kollegen in Wundepst zu ihrer am 30. November stattfindenden 1. Generalversammlung ein Glückwunsch-Telegramm zu übersenden. — Wir machen sämmtliche Vereine und reisende Vereinsmitglieder darauf aufmerksam, daß die Kollegen der Gutmann'schen Fabrik sich bis heute noch nicht bewegen geföhlt haben, unserem Verein beizutreten, die zureisenden Kollegen speisen sie mit lägenhaften Angaben ab, sie sollten nur in den Gasthof zur „Stadt Rom“ gehen, dort würde das Geschehnis ausbezahlt. Ebenso ist in der Soltzen'schen Fabrik ein Former E. Alsdorf aus Eßling, welcher zwar angibt, der Gründer und Leiter des Vereins in Meerane gewesen zu sein, sich jedoch noch nicht verpflichtet geföhlt hat, unserem Verein beizutreten.

Hannover. Am 21. November hielt Herr Fabrikant C. Krohnberger in der öffentlichen Mitglieder-Versammlung der Formen im Saale des Herrn Schulenburg einen Experimental-Vortrag über die Metall-Industrie und Galvanotechnik. Der Vortragende, dem reichlicher Beifall zu Theil wurde, schloß seinen lehrreichen Vortrag mit dem Versprechen, zu jeder Zeit wieder einen bezüglichen Vortrag zu halten. Der Vortragende stiftete im Namen der Versammlung Herrn C. Krohnberger den Dank ab, und forderte die Anwesenden auf, zu dem nächsten Vortrage wieder so zahlreich zu erscheinen; auch sollten diejenigen Mitglieder, welche nicht lanwendend waren, zum Besuche veranlaßt werden.

Iserlohn. Laut Beschluß des Weimarer sowie Kölner Kongresses liegt der Gießer-Verein für Iserlohn und Umgegend es für seine Pflicht, sich dem Fachverein für alle gewerblichen Arbeiter anzuschließen, da er seinen Zweck nicht erfüllen konnte, was der Verhargie der Gießer Iserlohns zuguschreiben ist. Der neu in's Leben gerufene Fachverein für alle gewerblichen Arbeiter wird hoffentlich leistungsfähiger werden, da er jetzt schon über 80 Mitglieder zählt. Da der Hochmuth und Trost der Herren Fabrikanten sich mit jedem Tage mehr hebt, werden endlich auch die Iserlohner Metall- und sonstigen Arbeiter zur Einsicht kommen, daß es hoch an der Zeit ist, den Herren ein energisches „Galt“ zuzurufen. Der Verein hat es für gut befunden, ein Arbeitsnachweis-Bureau zu gründen, und besindet sich selbstes in der Expedition der „Rärlischen Arbeiterzeitung“, Iserlohn Grabenstr. 56. Auch wird daselbst

das Geschenk ausgehakt, jedoch bloß an Fachvereins-Mitglieder, welche drei Monate einer Vereinarbeitung angehört und sich vor schriftsmäßig abgemeldet haben. Umschauen ist strengstens verboten, Zuwiderhandlungen erhalten kein Geschenk und werden deren Namen veröffentlicht. — Alle Briefe zc. sind an den Vorsitzenden zu senden. Der Vertrauensmann der Formier, S. Biegler, wohnt Gaardstr. 88.

Klempner.

Schwerin. Der Streik der Klempner dauert ununterbrochen fort. Zutritt in Krengrens ferngehaltene, hauptsächlich von Berlin.

Von Herrn Oppler in Bukarest (Rumänien) erhalten wir unter Berufung auf das Rechtsgesetz eine Berichtigung, die sich gegen die in Nr. 41 unseres Blattes unter der Rubrik „Klempner“ enthaltene Korrespondenz aus Düsseldorf wendet. Wir bringen dieselbe zum Abbruch, es unserem Korrespondenten überlassend, darauf zu antworten. Die Berichtigung lautet: Der Unterzeichnete, Gründer und Inhaber des Stanz- und Emailwerkzeuges Rudolph S. Oppler in Bukarest stellt sich veranlaßt, den unrichtigen Angaben über die Arbeiterverhältnisse bei der genannten Firma, abgedruckt in Nr. 41 des vorliegenden Blattes, gegenüber Folgendes mitzutheilen. Vor Allem muß auf das Entschiedenste in Abrede gestellt werden, daß die Firma Oppler Arbeiter aus Deutschland und Oesterreich an sich zu locken versucht und daß den engagierten Arbeitern das Reisegeld nach ihrer Ankunft in Bukarest vom Arbeitslohn abgezogen wird. Auch bezüglich der Lebensverhältnisse dortselbst werden den Arbeitern keineswegs falsche Vorstellungen gemacht. Wenn die zuwerbenden Arbeiter darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Lebensmittel in Bukarest bedeutend billiger als in Deutschland sind, so beruht das vollkommen auf Wahrheit. Zum Beweise hierfür dient, daß z. B. das Kilo Rindfleisch dortselbst 60 Cent. = 48 S kostet, und daß hiemit auch die Preise der übrigen Lebensmittel im Verhältnis stehen. Diese niederen Lebensmittelpreise kommen in erster Linie den verheirateten Arbeitern zu Gute, und dies allein ist der Grund, daß man auch Verheirateten den Aufenthalt in Bukarest empfehlen kann. Gegen ein Verlocken verheirateter Arbeiter, welches ihm in dem Artikel in Nr. 41 zur Last gelegt wird, vermahnt sich der Unterfertigte auf's Entschiedenste. Was die mit den Arbeitern abgeschlossenen Verträge anlangt, so sind dieselben in Rumänien ebenso gültig als in Deutschland, mit dem Unterschied, daß in Rumänien diese Verträge nachträglich mit einer Stempelmarke zu versehen sind, was jeder Zeit nachgeholt werden kann. Es kann deshalb nicht davon die Sprache sein, daß die Kontrakte sich bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für unzulänglich erklären und die Arbeiter mit ihren Ansprüchen einfach abwiesen. Wie alles übrige, so beruhen auch die Angaben über die Verhältnisse der Arbeiter auf einer absichtlichen Verstellung der tatsächlichen Verhältnisse. Wenn sich ein Klempner in 13 Schichten und 28 Nebenstunden anstatt des hierauf sich berechnenden Tagelohnes von 79 Frs. (der tägliche Arbeitslohn beträgt 5 Frs. für 10stündige Arbeitszeit) im Monat nur 25 Frs. verdient, so ist dies weiter nichts als ein Beweis für die Unfähigkeit des betr. Arbeiters, da in meinem Werk die Akkordlöhne durchwegs höher sind als jene in dem angeführten Düsseldorf'schen Werke, und sich demgemäß selbst der unwandteste Arbeiter in der oben genannten Zeit 60—70 Frs. verdienen muß, während es ein tüchtiger Arbeiter mit Leichtigkeit über den Tagelohn hinausbringen kann. Unwürdige und unzufriedene Arbeiter hat es noch überall gegeben, und die höchstwahrscheinlich von einem solchen ausgehende Schilderung in Nr. 41 dieses Blattes ist angehtlich der Thatsache, daß das Gros der Arbeiter in meiner Fabrik höchst zufrieden ist, sich auch zum Theil schon namhafte Ersparnisse gemacht hat, jedenfalls nicht geeignet, in weiteren Kreisen Glauben zu erwecken. Es ist allerdings schon vorgekommen, daß selbst brave und fleißige Arbeiter für die Dauer den Gefahren, die der billige Wein und schlechte Gesellschaft für sie mit sich bringen, nicht zu widerstehen vermochten, allein dies ist lediglich auf die mangelnde Charakterfestigkeit derselben zurückzuführen. Dies ist der richtige und wahre Sachverhalt, während jede andere Darstellung der Verhältnisse lediglich auf falscher Auffassung beruht. Im Uebrigen betraute ich diese Angelegenheit für erledigt, da ich nicht genehm bin, mich auf eine längere zweifelhafte Polemik einzulassen.

Hochachtungsvoll Rud. S. Oppler.

Berlin. Am 25. November fand eine öffentliche Versammlung der Klempner unter

Vorsitz des Kollegen Selchow statt. Kollege Förster berichtete zunächst über die Thätigkeit der Bohnkommision. Aus seinem Referat ging hervor, daß die seiner Zeit in's Leben gerufene Sammlung zu einem Streikfonds bei den Kollegen wenig Anhang gefunden hat. In der darauf folgenden Debatte wurde die Kommission von den meisten Rednern scharf getadelt und verlangt, daß in dem System des Sammelns für den Streikfonds Wandel geschaffen werde. Es wurden zu diesem Zweck verschiedene Vorschläge gemacht und schließlich findet folgende Resolution einstimmige Annahme: Die am 25. November tagende Versammlung bez Klempner beschließt: Die Bohnkommision selbst bestehen, sie hat nach wie vor öffentliche Versammlungen zu berufen. Die von der Bohnkommision ausgegebenen roten Karten werden vernichtet, und dafür werden die grünen Karten vom Vertrauensmann Mehger ausgegeben. Auf diese verpflichtet sich jeder anwesende Kollege pro Woche 10 S zu zahlen, und wird der Betrag zur Hälfte nach Hamburg gesandt und die andere Hälfte der Kommission als Lokalfonds überwiesen. Kollege Delcourt gibt nun eine genaue Uebersicht über die Verwendung der eingegangenen Gelder und deren Höhe. Den Redizoren wird Decharge erteilt. Kollege Weber berichtete dann über den Aufruf zum Brandenburgischen Delegirtenstag. Er bespricht die einzelnen Punkte der provisorischen Tagesordnung in kurzen Umrissen; ihre Erledigung, besonders des Punkt 3 hält er für dringend notwendig und weist darauf hin, daß andere Provinzen ihre „Tage“ bereits erledigt hätten. Die Versammlung wählt Weber, Selchow, Schmidt und Delcourt zu Delegirten. Die Ergänzungswahl für die Bohnkommision wird vorgenommen. Antrag Bräuer, eine zweigliedrige Agitationskommission zu wählen wird abgelehnt, dagegen wird ein Antrag, nur solchen Gastwirthegehilfen, welche der Organisation angehören, Trinkgelder zu geben, angenommen. Der Berliner Streik-Kontroll-Kommision werden 50 M zur Verfügung gestellt.

Magdeburg. Am 19. November fand in dem Pöge'schen Lokale eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Klempner statt. Nach der üblichen Bureauwahl ertheilte der Vorsitzende, Herr Michael, zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht über die Gewerkschaftskonferenz in Berlin, Herrn Mehger aus Hamburg das Wort. Dieser schildert in klarer sachlicher Weise die am letzten Sonntag abgehaltene Konferenz. Er vertheilt unter Anderem die Fachorganisationen und führt hierbei verschiedene Arbeiterverbände an, welche gleichfalls aus Fachorganisationen bestehen; er begründet es auch damit, daß es leichter sei, einen jungen Handwerker für seinen Fachverein als für einen allgemeinen Arbeiter-Verein zu gewinnen, und die Fachvereine gleichfalls ihre Schuldigkeit thäten, um die jungen Rekruten auszubilden. Ferner erlucht er die Kollegen, recht fleißig zu agitieren, damit die Vereine an Mitgliederzahl wachsen, denn nur in der Macht der Organisation könne der Arbeiter sein Recht suchen und erhalten; alle anderen Mittel seien zu verwerfen. Nicht einmal durch den Reichstag sei etwas zu erlangen, da die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten auf der Seite des Kapitals stände und alle Anträge unserer Partei ablehnten oder doch wenigstens zum großen Theil verkümmerten. Er ermahnt zum Schluß noch einmal, recht einmüthig zusammenzuhalten. Der Vorsitzende dankt hierauf dem Referenten und spricht den Wunsch aus, daß die Organisation, wie sie jetzt geplant, eine straffere und dadurch der Arbeiter gegen die Uebergriffe des Kapitals besser geschützt würde. Sodann wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der Klempner Magdeburgs erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht eine straffere Organisation ihres Gewerks anzustreben und mit allen Mitteln zur Stärkung derselben beizutragen. Im zweiten Punkte der Tagesordnung — Wahl eines zweiten Generalkommissionsmitgliedes — wird Herr Michael einstimmig als solcher gewählt. Auf eine Anfrage über die Thätigkeit dieser Kommission theilt Herr Moser mit, daß es nur an der Laune der Arbeiter Magdeburgs selbst liegt, wenn die Beschlüsse der Kommission nicht zum Austrage kämen. Er weist darauf hin, daß die Vorstände der verschiedenen Gewerks nicht einmal der Mühe werth hielten, dem dazu bestimmten Mitgliede der Kommission die öffentlichen Versammlungen anzuzeigen. Nach Regelung einiger innerer Angelegenheiten schließt der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung und die Versammlung.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Eine außerordentliche General-Versammlung des allgemeinen Metallarbeiter-Vereins Berlins und Umgegend tagte am 23. November. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Revision des Statuts,

zu welchem Zwecke in der am 28. September stattgefundenen beschließenden Versammlung dem Vorstand eine Kommission von elf Mitgliedern beigegeben war, welche in zwei Sitzungen sich ihrer Aufgabe erledigt hatte und nun durch den Kollegen Gerlich über ihre Arbeiten Bericht erstatten ließ. Das revidirte Statut wurde in der Fassung, wie es aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen war, nach eingehender Debatte einstimmig angenommen. Die Veränderungen bestehen im Wesentlichen in Folgendem: Der Vorstand besteht nicht mehr aus 9, sondern aus 11 Mitgliedern, er gewährt Reiseunterstützung nur an Kollegen, welche 3 Monate Mitglied eines Metallarbeiter-Vereins gewesen und den Pflichten eines Klassenbestimmten Arbeiters nachgekommen sind; Rechtschutz ist ebenfalls von dreimonatlicher Mitgliedschaft abhängig. Außer den vierteljährlichen Generalversammlungen findet monatlich noch eine beschließende Versammlung statt, zu der ebenfalls nur Mitglieder Zutritt haben. Die Wahl des Vorstandes und der Revisoren geschieht mittelst Stimmzetteln, die der Kommissionen durch Ullmatton. Ferner wurde die bisher als Anhang bestehende Arbeitsnachweisordnung als § 8 in das Statut aufgenommen, so daß fortan die bisherigen §§ 8, 9 und 10 als 9, 10 und 11 bestehen. Ferner hat die Statutenberathungs-Kommission sich nicht entschließen können, einen Paragrappen, welcher die Bedingungen enthält, unter denen der Verein Unterstützung an bedürftige Kollegen zahlt, welches von der beschließenden Versammlung vom 28. September angeregt worden war, in das Statut aufzunehmen. Eine Erhöhung der Monatsbeiträge, welche schon in der Kommission angeregt, jedoch verworfen wurde, wurde von der General-Versammlung diskutiert und ebenfalls abgelehnt. Hierauf wurde das revidirte Statut in der Fassung, wie es aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen war, einstimmig angenommen. Als ein weiterer Punkt stand die Wahl von 3 Rechtschutz-Kommissionsmitgliedern auf der Tagesordnung. Die Kollegen Otto Klein, Schütz und Winkler wurden gewählt. Unter „Bericht über den Unterstützungsgesetz zur Diskussion, aus Anlaß der Maßregelung in der Bippmann'schen Fabrik, in der bei Entlassung zweier Arbeiter sich sämtliche 12 Kollegen solidarisch erklärten. Es wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß die betreffenden Kollegen wieder unseren Beschlüssen entgegen gehandelt hätten, indem sie, ohne sich an einen Verein um Rath zu wenden, so lange unter den Verhältnissen, wie sie in der Bippmann'schen Fabrik herrschen, gelebt haben und nun plötzlich die Arbeit niederlegten. Gegen eine derartige unbesonnene Handlungsweise, wie man sie immer noch bei einzelnen Kollegen findet, müsse nun entschieden Front gemacht werden. In dem vorliegenden Falle beschloß jedoch die Versammlung, noch ein letztes Mal von der vorgeschriebenen Regel abzuweichen und dem Antragsteller, Vereinsmitglied, Vater von 5 Kindern, eine einmalige Unterstützung von 30 M zu gewähren, jedoch einzig und allein unter dem Hinweis auf die ganz besondere Nothlage des Kollegen. Zum Schluß forderte Kollege Hartmann die Anwesenden auf, recht fleißig auf die „Metallarbeiter-Zeitung“ zu abonnieren.

Görlitz. Am 11. August hielt der Fachverein der Metallarbeiter die erste Mitglieder-Versammlung, und von diesem Tage an erstreckte sich der Verein eines steten Wachstums, obgleich uns von Seiten des Gewerkevereins kolossale Schwierigkeiten gemacht werden. Der Verein, der mit 30 Mitgliedern in's Leben trat, bezieht sich jetzt auf ca. 80. Es ist deshalb vom 1. November ab ein Arbeitsnachweis- und ein Reiseunterstützungsfond errichtet; es wird an durchreisende Fachvereins-Kollegen, welche mindestens 8 Wochen einem ähnlichen Verein angehört und sich vorchriftsmäßig abgemeldet haben, eine Unterstützung von 50 S ausbezahlt, wenn denselben nicht Arbeit nachgewiesen werden kann. Das Arbeitsnachweis-Bureau befindet sich Langestraße, im goldenen Kreuz. Wer Umschauen geht, bekommt keine Unterstützung. Wie schwer wir hier zu kämpfen haben, dafür folgendes: 1) Ist die wirtschaftliche Lage der Arbeiter eine so traurige, daß bei 12stündiger Arbeitszeit die meisten nicht im Stande sind, ihr tägliches Brod zu verdienen, denn die Mehrzahl bekommt nicht mehr als 22 S die Stunde; 2) sind die Schmiede und Klempner separat organisiert; 3) der Ortsverein der Maschinbauer und Metall-Arbeiter Hirsch-Dünder'scher Richtung bildet die Hochburg der Gewerkevereine in Görlitz. Daß es uns aber gelungen ist, den Kampf mit diesen harmonisirenden Gegnern siegreich zu führen, beweist unsere zunehmende Mitgliederzahl, so daß die Herrn vom Gewerkeverein in ihrer Generalversammlung sich von dem „freisinnigen“ Reichstagsabgeordneten Aders einn Vortrag halten ließen über „Das Programm der Sozialdemokratie“,

um die „treuen“ Arbeiter vom bösen Fach-Verein fern zu halten. Herr Aders sprach in einem ganz kleinen Saal in einer „General-Versammlung“, wo selbstredend Keiner von uns sich Zutritt verschaffen konnte. Die Gewerkevereine bebten aber doch rein Nichts gegenüber der Zahl unserer in der modernen Organisation sich befindenden Arbeiter.

Hückel n. M. In der am 16. November stattgefundenen 1/4jährigen General-Versammlung des Metallarbeiter-Vereins wurde der Kassenbericht erstattet. Die Einnahme des letzten Vierteljahres war M 289,11, die Ausgabe M 130,36, also Kassenbestand von M 158,75. Dem Kassier Fichter wurde Decharge erteilt. Es wurde dann einstimmig beschloffen, eine Bibliothek zu gründen, wofür vorläufig 10 M aus der Kasse bewilligt wurden, das übrige Geld soll durch freiwillige Beiträge beschafft werden. Ferner beschloß der Verein noch, nächstes Jahr, am 25. Januar, sein erstes Stiftungsfest zu feiern, bestehend in Gesang, Theater und Ball. Kollege Ebelberger stellte den Antrag, daß diejenigen Mitglieder, die länger als 8 Wochen ihre Beiträge dem Verein schulden, auszuscheiden und in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen seien. Dieser Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Die Adresse des Vorsitzenden Verttram ist: Dammstr. 3.

Lübeck. Am 16. November hielt der Fachverein der Metallarbeiter in der Zentralherberge seine Mitglieder-Versammlung ab. Beim 1. Punkt der Tagesordnung: „Ausarbeitung einer Geschäftsordnung“ wurden, da in der vorigen Versammlung schon von der Kommission Bericht erstattet war, die einzelnen Paragrappen durchgenommen und nach wenigen Veränderungen genehmigt. Ein Antrag von Kollege Vinzmann, die Geschäftsordnung drucken zu lassen und in die Mitgliedsbücher einzukleben, damit jedes Mitglied davon Kenntniß nehmen kann, wurde angenommen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Vertretungskommission“ über obligatorische Einführung der „Metallarbeiter-Zeitung“ führte Kollege Hermann an, daß nur noch 13 Mitglieder ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Zur Frage: „Wie stellt sich der Fach-Verein diesen Mitgliedern gegenüber?“ wird von Kollege Fröbel der Antrag gestellt und angenommen: Diesen Mitgliedern auf unbestimmte Zeit noch freien Spielraum zu lassen, da vielleicht doch noch einige davon ihren Verpflichtungen nachkommen würden. Ein Antrag von Kollege Hildebrandt, die „Metallarbeiter-Zeitung“ in der Fremdenstube im Verkehrslokal auszuhängen, sowie einen Halter anzuschaffen und die laufenden Nummern darin zu befestigen, um so den reisenden Kollegen auch Gelegenheit zur Einsicht zu bieten, wurde angenommen; ebenfalls ein Antrag von Kollege Hermann, einen Stempel anzuschaffen mit der Inschrift: „Zeitung“ zum Vermerken der Abnahme der Zeitung in den Mitgliedsbüchern. Zur „Verständigung“ wurde auf Antrag von Kollege Hermann beschloffen: unserem Reichstagsabgeordneten, Herrn Th. Schwarz, zu seiner am 10. Dezember d. J. stattfindenden silbernen Hochzeit in Anerkennung der vielen Verdienste, die Herr Schwarz sich schon um die Metallarbeiter aller Branchen erworben, ein Geschenk im Werthe von 20 M zu machen. Sodann stellt Fröbel den Antrag: „Falls ein Mitglied sterben sollte, ihm einen Kranz zu 5 M zu berechnen, sowie einen Nachruf in der „Metallarbeiter-Zeitung“ und eine Todes-Anzeige in einem Lokalblat auf Kosten des Vereins zu veröffentlichen; ebenfalls soll der Vorstand moralisch verpflichtet sein, dem verstorbenen Kollegen die letzte Ehre zu erweisen, indem derselbe der Feierlichkeit mit beizuohnt, jedoch auf eigene Kosten.“ Diesem wurde von den Mitgliedern auf das Wärmste zugestimmt. Nachdem noch der „Fragekasten“ erledigt war, stellte Kollege Schiel den Antrag, welcher auch angenommen wurde: „Den Beschluß der Versammlung vom 21. September d. J., in Betreff der Diebriech'schen Zeitung, hoch zu halten, welcher lautet: „Die heutige Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Metallarbeiter Lübeck's erklärt sich mit dem Vorgehen des Herrn Diebriech nicht einverstanden und steht mit Verachtung auf das Organ, betitelt: „Der Schleier und Maschinenbauer“ herab, da Herr Diebriech den Beschluß des Kongresses zu Weimar nicht achtet und durch sein Vorgehen illusorisch macht.“ Dieser Beschluß sollte schon damals in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden, wogu sich der frühere Vorsitzende, Kollege Hüner, erbot, trotzdem daß es Sache des Schriftführers war, denselben einzuschicken. Als jedoch der Bericht in der „Metallarbeiter-Zeitung“ nicht erschien und Kollege Hüner befragt wurde, erklärte er, daß er den Bericht eingeschickt und einen Brief von Herrn Scherm erhalten habe, worin derselbe ihm mittheilte, daß alle Berichte in Betreff der Diebriech'schen Zeitung — „auf einmal veröffentlicht werden sollten.“ Da jedoch auf

ein Schreiben an die Redaktion, ob sie einen Bericht in diesem Sinne bekommen habe, eine verneinende Antwort erfolgte, so lag es klar, daß Kollege Hübler seiner Pflicht nicht nachgekommen sei. In der Versammlung konnte er sich nicht anders verhalten, als daß er behauptete, einen Brief bekommen zu haben — den er jedoch nicht zeigen konnte! Da die Nachlässigkeit des Kollegen Hübler klar zu Tage lag, so wurde ihm vom Vorsitzenden eine Rüge erteilt. Nachdem noch die Tagesordnung zur nächsten Versammlung festgesetzt und bekannt gemacht, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Am 21. November fand die erste Mitgliederversammlung des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins sämtlicher in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Saale des Bellevue statt, welche sehr gut besetzt, insofern eine bessere Teilnahme zu wünschen übrig ließ. Der 1. Punkt der Tagesordnung war die Aufnahme neuer Mitglieder, worauf sich zur Schande der Leipziger Metallarbeiter nicht 900, wie es zu erwarten wäre, sondern 9 neue Mitglieder einzeichneten. Zum 2. Punkt hatte Kollege Schlemann das Referat über Zweck und Nutzen der Organisation übernommen, welches derselbe in glänzendster Weise erledigte, indem er als Einleitung die Kämpfe der Gewerkschafts-Organisation in England und Frankreich schilderte, kann auf Deutschland übergehend. Besonders die Mahnung, zu sparen bei guten Geschäftskonturen, welche uns von den Klatschblättern empfohlen wird, ward hervorgehoben, indem Referent wünschte, die Arbeiter möchten damit anfangen zu sparen, daß sie auf jene Schundliteratur nicht mehr abonnierten. Darauf sprachen sich die Kollegen Intrich und Sturm sehr beifällig über das Referat aus. Referent gab noch eine Skizze über die gesamte Organisation in der Natur zum besten und forderte ebenso wie sein Vordrucker auf, für die allgemeine Organisation der Metallarbeiter zu agitieren. Es sprachen noch über das Referat die Kollegen Strecke, Trillisch und zur Entgegnung Schlemann. Zum 3. Punkt: Verschiedenes, wurde erstens als Vereinslokal Bellevue bestimmt und die Versammlungen auf jeden Freitag nach dem 1. und 15. jeden Monats festgesetzt. Dann forderte Kollege Brinck auf, für Verbreitung der Metallarbeiterzeitung Sorge zu tragen. Nachdem noch Kollege Goldbach einen Antrag über Geschäfts-Ordnung eingebracht hatte, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Meißen. In der am 27. Oktober stattgefundenen Generalversammlung wurden in den Vorstand gewählt: als 1. Vorsitzender Bruno Wünschmann, Korbitz, 14c, b. W.; als 2. Vorsitzender C. Osk; als 1. Kassierer Bernh. Kallmeyer, Ronitzsch 26, b. W.; als 2. Kassierer A. Schulz; als 1. Schriftführer A. Gwald, als 2. Schriftführer Th. Wenzel; als Redaktoren: C. Schmel, E. Fischer, J. Voudriot. In einer späteren Versammlung wurde beschlossen, Gewährung von Rechtschutz in gewerblichen Streitigkeiten für die Mitglieder unseres Vereins einzuführen. Ferner wurden diejenigen Mitglieder verlesen, welche mehr als 15 Wochen-Beiträge dem Verein schulden, mithin ihrer Mitgliedschaft verlustig sind. Unser Verein zählt demnach nur noch 32 pünktlich zahlende Mitglieder, während ungefähr 900 Metallarbeiter hier arbeiten. Die Fremdenunterstützung beträgt jetzt 20 J und wird vom 1. Dezember ab auf der Herberge von Ernst Schanze, Gerbergasse, ausbezahlt; dieselbe erhalten aber nur diejenigen Metallarbeiter, welche nachweisen, daß sie mindestens 13 Wochen einer Organisation angehört und sich abgemeldet haben.

Rostock. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, die Unterstützung für durchreisende Metallarbeiter, welche 13 Wochen einem Fachverein angehören und sich abgemeldet haben, wieder auf 1 J zu erhöhen, und zwar werden 50 J in baar und 50 J in Naturalien verabreicht. Bessere werden beabsichtigt in der Herberge des Herrn Bod, Fischbank 5. Die Unterstützung wird ausbezahlt beim Vorsitzenden C. Weber, Friß Reuterstr. 75.

Solingen. In der letzten hier abgehaltenen Metallarbeiter-Versammlung wurde Kollege Hermann Steinmüller, Welterstr. 12, als Vertrauensmann gewählt. — Der hiesige Metallarbeiterverein steht in schönster Blüthe, was hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben ist, daß sich die Vereine der Schlosser und Feilenhauer angeschlossen und die Mitglieder dieser Vereine sich fast sämtlich dem allg. Metallarbeiterverein angeschlossen. Freilich, Herr Amieling, der ehemalige Vorsitzende des Schlosser- und Kassier des Metallarbeitervereins, der sich alle Mühe gegeben hatte, dem Schlosserverein die Segnungen der Diebstahls-Gründung theilhaftig werden zu lassen, konnte es nicht unterlassen, mit 4-5 seiner Getreuen nun in seiner Wohnung eine „Fiskale“ zu haben, von der man aber bis jetzt noch kein Lebenszeichen gesehen hat, so daß sie jedenfalls bald ganz sanft hinüber schlummert. — In Bezug auf das

neuliche Ausschreiben der Augsburger Feilenhauer in Betreff des Michael Gast bemerken wir, daß wir es für richtig hielten, wenn auf die Werkstelle seines Bekehrtesters mehr Aufmerksamkeit verwendet würde, statt den Zunftsin so herauszutreten.

Schöningen. Der Metallarbeiter-Fach-Verein hielt am 6. Oktober seine General-Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, daß alle zureichenden Metallarbeiter, welche einem ähnlichen Verein angehören, und 13 Wochen gekauert haben, eine Unterstützung von 50 J erhalten; diejenigen, welche keinem Verein angehören, erhalten Nichts. Auch machen wir die zureichenden Genossen aufmerksam, sich doch nicht vor die Fabrik zu stellen, weil wir schon manche Unannehmlichkeit dadurch gehabt haben. Die Unterstützung wird ausbezahlt Mittags von 12 bis 1 Uhr, Abends von 6 bis 8 Uhr bei Karl Belbinger, Prinzenstr. 384.

Schläger.

München. Erst jetzt ist es uns möglich, einen klaren Situationsbericht über den jüngsten Streik zu liefern. Herr Schäßler in Steinbühl sah sich veranlaßt, vor einigen Wochen den Arbeitern anzukündigen, daß er genötigt sei, den Lohn wieder zu zahlen, der vor dem Generalkreisl bezahlt wurde; er begründete dies damit, daß die Konkurrenz ihn zwingt, ebenfalls billiger zu liefern. Die dortigen Kollegen verließen sich auf's Barieren, und so vergingen denn 4 Wochen, ohne daß etwas gegen die Lohnreduktion geschah. Nun bekam auch Herr Schäßler am Webersplatz Appetit und erklärte, in Zukunft statt 60 J bis 50 J für ein Buch Gold zu bezahlen, der Lohn der Beschneiderinnen sollte ebenfalls um 3 J per Buch verflärt werden. Die dortigen Arbeiter ließen sich dies nicht gefallen, und in einer öffentlichen Versammlung, in der Herr Stücken referierte, wurde beschlossen, mit der Meister-Vereinigung in Verbindung zu treten, um die Sache in Güte beizulegen. Die Kommission brachte es denn auch soweit, daß, nachdem sich sämtliche Meister gegen eine Lohnreduktion erklärt hatten, Herr Schäßler in Steinbühl sich bereit erklärte, wieder nach dem Tarif zu bezahlen, wenn Schäßler am Webersplatz dies ebenfalls thun müßte. In einer weiteren Versammlung wurde dann auch beschlossen, in den Streik einzutreten. Weiter haben die Herren Kunstmann, Gemeinbauer, Münkert, Karl Seibel und Georg Meier die Arbeit an Stelle der Streikenden aufgenommen. Jedoch konnten diese am Resultat nichts ändern, denn Herr Schäßler mußte nachgeben und Alles wieder bewilligen. Ferner hat er die Streikbrecher sofort entlassen, indem sich seine Leute weigerten, das Geschäft zu betreten, so lange dieselben drinnen waren. Somit ist denn dieser Lohnkampf glücklich beendet, ob aber damit eine Lohnreduktion für längere Zeit ausgeschlossen ist, das ist eine Frage, die wir offen lassen wollen. Jetzt war die lokale Organisation noch genügend, bei einem Generalkreisl ist sie es einfach nicht und es ist höchste Zeit, daß uns endlich einmal die Gelegenheit geboten wird, uns einer Zentralisation anzuschließen. Daß es ferner sehr gut gewesen wäre, wenn der Schläger-Vongreß stattgefunden hätte, wird wohl Niemand mehr bestreiten, wenigstens wäre dann die Unterstützungsfrage in einer Weise geregelt, die bei den gegenwärtigen Kalamitäten nur von Nutzen wäre. Doch, es ist vorüber, und wir wollen die Sache nicht mehr vor die Öffentlichkeit zerren, aber das Eine steht fest: die Feingoldschläger haben den übrigen Schlägern die Hand geboten, man hat sie zurückgewiesen, und damit die Luft wieder so erweitert, daß sie vielleicht nicht mehr überdämmt werden kann. Wir können uns damit trösten, daß die Feingoldschläger sich auch auf eigene Füße stellen können und fremder Einfluß bei ihnen keine Geltung findet.

Schmiede.

Halle a. S. Seit ca. einem Jahre besteht hier ein Fachverein der Kesselschmiede, Blechschmiede und deren Hilfsarbeiter mit 120 Mitgliedern. Vorsitzender ist Otto Mittag, Giebichenstein bei Halle, Adokatenstr. 9a, an welchen alle den Verein betreffenden Briefe zu richten sind. Reiseunterstützung wird im Betrage von 75 J für alle diejenigen Angehörigen oben genannter Gewerke ausbezahlt, welche nachweislich einem solchen Verein beim Abgang aus der letzten Arbeitsstelle 13 Wochen beigekauert haben. Die Unterstützung ist jeden Tag von Mittag 12 bis 1 Uhr beim Kassierer Karl Hundrad, Streiberstr. 10, zu erheben. Wir ermahnen die Kollegen, sich allerorts zu organisieren und sich eventuell bezüglich des Näheren an unseren Vorsitzenden privatim zu wenden, damit überall, wo es Kollegen gibt, Organisationen geschaffen werden, um eine allgemeine Besserung unserer Lage herbeizuführen.

Mit Kollegialem Gruß Der Vorstand.

Feilenhauer.

Die Aussperrung der Kollegen in Hamburg-Altona dauert fort. Junge fernhalten.

Ziel. Der Vertrauensmann Robert Hense wohnt jetzt Jungmannstraße Nr. 7, 2, bei Holte.

Leipzig. Feilenhauer Deutschlands! Notgedrungen sehe ich mich nochmals veranlaßt, an Euch die Aufforderung zu richten, unausgesetzt für unsere kämpfenden ausgesperrten Kollegen in Hamburg, Altona, Harburg Mittel beizuschaffen, denn die Lage derselben ist als eine traurige zu bezeichnen, da die Unterstützung bis dato ungenügend war; von manchen Orten ist seit 8 Wochen Nichts geflossen. Deshalb Kollegen, thut was in Euren Kräften steht, die Hamburger haben stets ihre Solidarität bewiesen, laßt sie nicht im Stich, beweist dem Unternehmertum, daß Ihr alle hinter ihnen steht; denn, wenn die Kollegen unterliegen, dann über Organisation! Thue darum jetzt Jeder seine Pflicht. Mit Gruß Edm. Goldbach.

Finden. Am 15. November fand hier eine öffentliche Feilenhauer-Versammlung statt, in welcher Kollege Söhr über die Entwicklung des Feilenhauer-Handwerks referierte. Selbiger erledigte seinen Vortrag zur größten Zufriedenheit. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute Abend im Holländer tagende öffentliche Versammlung der Feilenhauer erklärt sich mit den Aeußerungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, danach zu handeln.“ Punkt 2: „Wie stellen wir uns zur Lage-Schulte'schen Fabrikordnung?“, rief eine lebhafte Debatte hervor, woran sich die meisten Kollegen beteiligten und das inhumane Vorgehen der Herren Lage-Schulte scharf kritisierten. Die betreffende Fabrikordnung ist nur für die Feilenhauer gemacht, die übrigen Arbeiter sind davon ausgeschlossen, und zwar deshalb, weil man wohl denkt, sollte ein ähnlicher Arbeiter, wie Söhr, wieder in Arbeit treten, so könne man ihn, ohne daß eine direkte Maßregelung in der Entlassung erblickt werden kann, entlassen. Denn die Bestimmungen sind derartig, wie in der Gebr. Körtzing'schen Fabrikordnung, die schon genügend in diesem Blatte bekannt gemacht ist. Wir bringen deshalb die Werkstelle Lage-Schulte in empfehlende Erinnerung für die reisenden Berufsgenossen. Bei „Verschiedenes“ erörterte Kollege Engelle die Zustände in der Werkstelle des Meisters Deppe in Hildesheim, woraus zu ersehen war, daß jeder reisende Feilenhauer davor zu warnen ist. Herr Deppe, welcher seit einiger Zeit selbständig, scheint seine Gesellenjahre schnell vergessen zu haben, sonst würde er dem Engelle nicht 3 Mark unter dem Minimallohn geboten haben, mit der Bemerkung, er brauche es seinen Berufsgenossen nicht zu verrathen. Da er auf Grund seines Vorgehens von Linden, Braunschweig und anderen Orten keine Gehilfen bekommt, hat er sich einen Bandmann aus Herzberg gelddert. Es soll und muß unsere Pflicht sein, betreffenden Kollegen aufzuklären. — Ein noch netterer Mensch scheint der jetzt noch Geselle spielende Landsberger Meistersohn Kempe zu sein (selbiger arbeitet bei Lage-Schulte), welcher trotz vielfältiger Einladung, sich der Organisation anzuschließen, es doch nicht für nöthig erachtete. Selbiger äußerte, wir hätten doch kein Geld in der Kasse; vielleicht denkt der Kempe, wir müßten ihm erst ein paar Groschen schenken, damit er die Sonntagsarbeit fallen lassen kann. Er wollte auch Gesellen importieren, welche wohl aus demselben Holze geschnitten wären, wie er, der die Arbeitszeit, welche hier 9 Stunden beträgt, nicht einhält und sogar Sonntags arbeitet.

Solingen. Der hiesige Verein der Feilenhauer hat sich aufgelöst, aber nicht etwa aus dem Grunde, weil er nicht hätte existieren können. Der Verein bestand sehr gut, es gehörten ihm sämtliche in Solingen beschäftigte Feilenhauergehilfen an. Wir waren aber zur Ueberzeugung gekommen, daß die Zerstückelung der hiesigen Metallarbeiter ein Ende nehmen müsse, und so traten wir in corpore dem Metallarbeiterverein bei. Es wäre nur zu wünschen, daß die Offenbacher und Ludwigshafener Kollegen unserem Beispiel folgen und dem dortigen allgemeinen Verein beitreten würden. Es fürchtet sich von den Hurensöhnen ohnehin Mancher, dem Feilenhauerverein beizutreten, da von dem Fabrikantenring ja Jeder bei der Einstellung gefragt wird, ob er einem Feilenhauerverein angehört und im Falle der Bejahung nicht angenommen wird. Die zureisenden Feilenhauer erhalten ja bei einem etwaigen Anschluß der Kollegen an dem betreffenden Orte auch vom allgemeinen Verein ihre Reiseunterstützung. — Die hiesigen Geschäftsbücher und Statuten sind dem hiesigen Vertrauensmann der Metallarbeiter übergeben; sollte sie ein Verein gebrauchen können, so wende er sich an Hermann Steinmüller, Welterstr. Nr. 12, Solingen.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter und Centralkranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan“.

Nachfolgende Fiskalen werden hiermit gemäß § 18 Abs. 8d des Statuts aufgefördert, die für September und Oktober fällige Abrechnung umgehend einzuenden:

(„Allgemein“.)

Altena, Altenberg, Ammerbach, Bernau, Billwärdler, Brandenburg*, Brödingen, Castell, Coburg, Decendorf, Enkheim, Erfurt, Freising, Gemünd, Großsch, Hagen, Haltern, Hamburg-St. Pauli, Harburg, Hattlingen, Heidelberg, Heilbronn, Herford, Hof, Hradarbe, Meissen, Montigny, Müden, Niederrad, Ochshausen, Oehrtingen, Olpe, Pirawess, Plauen bei Dresden, Saalfeld, Schleswig, Schramberg, Speldorf, Speyer, Stollberg b. Ch., Tempelhof, Welsch, Wörde, Weiskhaus, Wermelskirchen, Westbergen, Worms, Zinndorf, Zandsberg, Prenzlau.

(„Vulkan“.)

Altena, Bekdorf, Billwärdler, Bradwebe, Brandenburg*, Bulach-Deckheim, Darmstadt, Decendorf, Erfurt, Eßlingen, Frankfurt a. D., Georgensgmünd, Gevelsberg**, Gemünd, Hamburg-St. Pauli, Harburg, Hattlingen, Heilbronn, Herford, Herloh, Nowawes-Neuendorf, Saalfeld, Schramberg, Selbde, Siegburg, Töhen.

Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln:

- Nr. 450 Fritz Wulf.
- 451 Joh. Schröder.
- 452 C. Wurzbach.
- 8708 Chr. Pump.
- 6876 Johann Heib.
- 3264 Mich. Schwarzobdt.
- 25950 Wilh. Kraus.
- 22729 Peter Feinhals.
- 27361 Theodor Köbiger.
- 25119 B. Kellermann.
- 27659 C. Kahlde.
- 28091 F. Panahorst.
- 27659 Fr. Hättemeister.
- 26418 Wilh. Esser.
- 26391 Paul Stolle.
- 25360 Otto Sprending.
- 20141 Hermann Maaz.
- 25852 Rudolf Wolff.
- 26382 Rudolf Feldow.
- 28559 Friedr. Lehmann.
- 29581 Ad. Valenzki.
- 29584 Hugo Danz.
- 28737 Gustav Köhler.
- 27852 Emil Reichert.
- 27454 Friedrich Köhling.
- 28790 Paul Thoma.
- 20348 Georg Seifang.
- 29708 Wilhelm Schultze.
- 20691 Ludwig Seimann.
- 27900 B. Kalubach.
- 27894 Heinrich Schmidt.
- 27761 Anton Schäfer.
- 29709 Jakob Wagner.
- 27909 Karl Mecke.
- 29715 Franz Jüller.
- 29720 Fritz Kreuz.
- 26498 David Schellenbauer.
- 22608 Otto Müllwille.
- 24171 Heinrich Kirck.
- 21852 W. Fr. Osterloh.
- 24528 Richard Knäuper.
- 27375 Johann Meher.
- 26206 Friedrich Heise.
- 26748 Theodor Feige.
- 28061 E. auf dem Garten.
- 20508 Gustav Schattke.
- 24025 Wilhelm Baitzsch.
- 24031 Johann Engewicht.
- 24310 Johann Wühl.
- 20681 Richard Dapler.
- 25572 Gustav Graf.
- 28522 Martin Fay.
- 28517 Heinrich Eggerstedt.
- 28527 Karl Schlereth.
- 28516 Ad. Hamann.
- 27851 Peter Claren.
- 27420 Joh. Kuhl.
- 23136 Franz Wolters.
- 28804 Ernst Schmidt.
- 28805 August Schreiner.
- 26306 Ernst Henn.
- 26302 Otto Boos.
- 26300 Karl Hadenstraf.
- 26969 Ernst Köhne.
- 27519 Alwin Köhling.
- 22199 Emil Fleck.
- 25994 Ernst Seyfert.
- 27471 Robert Müller.
- 28652 Gottlieb Müller.
- 24751 Friedrich Lopp.
- 25207 Bernhard Preuser.

*) Brandenburg ist mit den Abrechnungen für beide Kassen von März bis Oktober im Rückstand.

**) Gevelsberg ist mit der Abrechnung für Vulkan von Juni bis Oktober, Heidelberg für beide Kassen und Siegburg für Vulkan von Juli bis Oktober im Rückstand.

das Geschenk ausgehört, jedoch bloß an Fachvereins-Mitglieder, welche drei Monate einer Vereinarbeitung angehört und sich vor schriftlich abgemeldet haben. Umgehauen ist strengstens verboten, Zuwiderhandeln erhalten kein Geschenk und werden deren Namen veröffentlicht. — Alle Briefe zc. sind an den Vorsitzenden zu senden. Der Vertrauensmann der Former, S. Biegler, wohnt Haardstr. 88.

Klempner.

Schwerin. Der Streik der Klempner dauert unverändert fort. Inzugleich strengstens fernzuhalten, hauptsächlich von Berlin.

Von Herrn Oppler in Bukarest (Rumänien) erhalten wir unter Berufung auf das Gesetz eine Verächtigung, die sich gegen die in Nr. 41 unseres Blattes unter der Rubrik „Klempner“ enthaltene Korrespondenz aus Düsseldorf wendet. Wir bringen dieselbe zum Abdruck, es unserem Korrespondenten überlassend, darauf zu antworten. Die Verächtigung lautet: Der Unterzeichnete, Gründer und Inhaber des Stanz- und Emailierwerkes Rudolph S. Oppler in Bukarest sieht sich veranlaßt, den unrichtigen Angaben über die Arbeiterverhältnisse bei der genannten Firma, abgedruckt in Nr. 41 des vorliegenden Blattes, gegenüber Folgendes mitzutheilen. Vor Allem muß auf das Entschiedenste in Abrede gestellt werden, daß die Firma Oppler Arbeiter aus Deutschland und Oesterreich an sich zu locken versucht und daß den engagierten Arbeitern das Reisegeld nach ihrer Ankunft in Bukarest vom Arbeitslohn abgezogen wird. Auch bezüglich der Lebensverhältnisse dortselbst werden den Arbeitern keineswegs falsche Vorstellungen gemacht. Wenn die zuwerbenden Arbeiter darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Lebensmittel in Bukarest bedeutend billiger als in Deutschland sind, so beruht das vollkommen auf Wahrheit. Zum Beweise hierfür dient, daß z. B. das Kilo Rindfleisch dortselbst 60 Cent. = 48 S kostet, und daß hiemit auch die Preise der übrigen Lebensmittel im Verhältnisse stehen. Diese niederen Lebensmittelpreise kommen in erster Linie den verheirateten Arbeitern zu Gute, und dies allein ist der Grund, daß man auch Verheirateten den Aufenthalt in Bukarest empfehlen kann. Gegen ein Verlocken verheirateter Arbeiter, welches ihm in dem Artikel in Nr. 41 zur Last gelegt wird, vermahnt sich der Unterfertigte auf's Entschiedenste. Was die mit den Arbeitern abgeschlossenen Verträge anlangt, so sind dieselben in Rumänien ebenso gültig als in Deutschland, mit dem Unterschiede, daß in Rumänien diese Verträge nachträglich mit einer Stempelmarke zu versehen sind, was jeder Zeit nachgeholt werden kann. Es kann deshalb nicht davon die Sprache sein, daß die Konsulate sich bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für unzuständig erklären und die Arbeiter mit ihren Ansprüchen einfach abweisen. Wie alles übrige, so beruhen auch die Angaben über die Verhältnisse der Arbeiter auf einer abschließlichen Verstellung der tatsächlichen Verhältnisse. Wenn sich ein Klempner in 13 Schichten und 28 Nebenstunden anstatt des hierauf sich berechnenden Tageslohnes von 79 Frs. (der tägliche Arbeitslohn beträgt 5 Frs. für 10stündige Arbeitszeit) im Akkord nur 25 Frs. verdient, so ist dies weiter nichts als ein Beweis für die Beschäftigungslosigkeit des bez. Arbeiters, da in meinem Werk die Akkordsätze durchwegs höher sind als jene in dem angeführten Düsseldorf'schen Werke, und sich demgemäß selbst der ungewandteste Arbeiter in der oben genannten Zeit 60—70 Frs. verdienen muß, während es ein tüchtiger Arbeiter mit Leichtizkeit über den Tagelohn hinausbringen kann. Unzufriedene und unglückliche Arbeiter hat es noch überall gegeben, und die höchstwahrscheinlich von einem solchen ausgehende Schilberung in Nr. 41 dieses Blattes ist angesichts der Thatsache, daß das Gros der Arbeiter in meiner Fabrik höchst zufrieden ist, sich auch zum Theil schon namhafte Ersparnisse gemacht hat, jedenfalls nicht geeignet, in weiteren Kreisen Glauben zu erwecken. Es ist allerdings schon vorgekommen, daß selbst brave und fleißige Arbeiter für die Dauer den Gefahren, die der billige Wein und schlechte Gesellschaft für sie mit sich brachten, nicht zu widerstehen vermochten, allein dies ist lediglich auf die mangelnde Charakterfestigkeit derselben zurückzuführen. Dies ist der richtige und wahre Sachverhalt, während jede andere Darstellung der Verhältnisse lediglich auf falscher Auffassung beruht. Im Uebrigen betradte ich diese Angelegenheit für erledigt, da ich nicht gesonnen bin, mich auf eine längere zwecklose Polemik einzulassen.

Hochachtungsvoll

Rud. S. Oppler.

Berlin. Am 25. November fand eine öffentliche Versammlung der Klempner unter

Vorsitz des Kollegen Selchow statt. Kollege Föhrer berichtete zunächst über die Thätigkeit der Bohnkommision. Aus seinem Referat ging hervor, daß die seiner Zeit in's Leben gerufene Sammlung zu einem Streikfonds bei den Kollegen wenig Anklang gefunden hat. In der darauf folgenden Debatte wurde die Kommission von den meisten Rednern scharf getadelt und verlangt, daß in dem System des Sammelns für den Streikfonds Wandel geschaffen werde. Es wurden zu diesem Zweck verschiedene Vorschläge gemacht und schließlich findet folgende Resolution einstimmige Annahme: Die am 25. November in der Versammlung der Klempner beschlossene Bohnkommision bleibt bestehen, sie hat nach wie vor öffentliche Versammlungen zu berufen. Die von der Bohnkommision ausgegebenen rothen Karten werden vernichtet, und dafür werden die gelben Karten vom Vertrauensmann Mehger ausgegeben. Auf diese verpflichtet sich jeder anwesende Kollege pro Woche 10 S zu zahlen, und wird der Betrag zur Hälfte nach Hamburg geschickt und die andere Hälfte der Kommission als Vorkaufsschuld überwiesen. Kollege Delcourt gibt nun eine genaue Uebersicht über die Verwendung der eingegangenen Gelder und deren Höhe. Den Rednern wird Decharge erteilt. Kollege Weber berichtete dann über den Aufruf zum Brandenburgischen Delegiertentag. Er bespricht die einzelnen Punkte der provisorischen Tagesordnung in kurzen Umrissen; ihre Erledigung, besonders des Punkt 3 hält er für dringend notwendig und weist darauf hin, daß andere Provinzen ihre „Tage“ bereits erledigt hätten. Die Versammlung wählt Weber, Selchow, Schmidt und Delcourt zu Delegierten. Die Ergänzungswahl für die Bohnkommision wird vorgenommen. Antrag Bräuer, eine zweigliedrige Agitationskommission zu wählen wird abgelehnt, dagegen wird ein Antrag, nur solchen Gastwirthsgehilfen, welche der Organisation angehören, Trinkgelber zu geben, angenommen. Der Berliner Streik-Kontroll-Kommission werden 50 M zur Verfügung gestellt.

Magdeburg. Am 19. November fand in dem Hage'schen Lokale eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Klempner statt. Nach der üblichen Bureauwahl erteilte der Vorsitzende, Herr Michael, zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht über die Gewerkschaftslorenz in Berlin, Herrn Mehger aus Hamburg das Wort. Dieser schildert in klarer sachlicher Weise die am letzten Sonntag abgehaltene Konferenz. Er vertheilt unter Anderem die Fachorganisationen und führt hierbei verschiedene Arbeiterverbände an, welche gleichfalls aus Fachorganisationen beständen; er begründet es auch damit, daß es leichter sei, einen jungen Handwerker für seinen Fachverein als für einen allgemeinen Arbeiter-Verein zu gewinnen, und die Fachvereine gleichfalls ihre Schuldigkeit thäten, um die jungen Metriten auszubilden. Ferner ersucht er die Kollegen, recht fleißig zu agitieren, damit die Vereine an Mitgliederzahl wachsen, denn nur in der Macht der Organisation könne der Arbeiter sein Recht suchen und erhalten; alle anderen Mittel seien zu verwerfen. Nicht einmal durch den Reichstag sei etwas zu erlangen, da die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten auf der Seite des Kapitals stände und alle Anträge unserer Partei ablehnten oder doch wenigstens zum großen Theil verstümmelten. Er erwähnt zum Schlusse noch einmal, recht einmützig zusammenzuhaltend. Der Vorsitzende dankt hierauf dem Referenten und spricht den Wunsch aus, daß die Organisation, wie sie jetzt geplant, eine straffere und dadurch der Arbeiter gegen die Uebergriffe des Kapitals besser geschützt würde. Sodann wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der Klempner Magdeburgs erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet eine straffere Organisation ihres Gewerks anzustreben und mit allen Mitteln zur Stärkung derselben beizutragen. Im zweiten Punkte der Tagesordnung — Wahl eines zweiten Generalkommissionsmitgliedes — wird Herr Michael einstimmig als solcher gewählt. Auf eine Anfrage über die Thätigkeit dieser Kommission theilt Herr Moser mit, daß es nur an der Dauer der Arbeiter Magdeburgs selbst liegt, wenn die Beschlüsse der Kommission nicht zum Austrage kämen. Er weist darauf hin, daß die Vorstände der verschiedenen Gewerks nicht einmal der Mühe werth hielten, dem bezu bestimmten Mitgliede der Kommission die öffentlichen Versammlungen anzuzeigen. Nach Regelung einiger innerer Angelegenheiten schließt der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung die Versammlung.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Eine außerordentliche General-Versammlung des allgemeinen Metallarbeiter-Vereins Berlins und Umgegend tagte am 23. November. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Revision des Statuts,

zu welchem Zwecke in der am 28. September stattgefundenen beschließenden Versammlung dem Vorstand eine Kommission von elf Mitgliedern beigegeben war, welche in zwei Sitzungen sich ihrer Aufgabe erledigt hatte und nun durch den Kollegen Gerlich über ihre Arbeiten Bericht erstatten ließ. Das revidirte Statut wurde in der Fassung, wie es aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen war, nach eingehender Debatte einstimmig angenommen. Die Aenderungen bestehen im Wesentlichen in Folgendem: Der Vorstand besteht nicht mehr aus 9, sondern aus 11 Mitgliedern, er gewährt Reiseunterstützung nur an Kollegen, welche 3 Monate Mitglied eines Metallarbeiter-Vereins gewesen und den Pflichten eines Klassenbewußten Arbeiters nachgekommen sind; Rechtschutz ist ebenfalls von dreimonatlicher Mitgliedschaft abhängig. Außer den vierteljährlichen Generalversammlungen findet monatlich noch eine beschließende Versammlung statt, zu der ebenfalls nur Mitglieder Zutritt haben. Die Wahl des Vorstandes und der Revisoren geschieht mittelst Stimmzettel, die der Kommissionen durch Affikamation. Ferner wurde die bisher als Anhang bestehende Arbeitsnachweisordnung als § 8 in das Statut aufgenommen, so daß fortan die bisherigen §§ 8, 9 und 10 als 9, 10 und 11 bestehen. Ferner hat die Statutenberathungs-Kommission sich nicht entschließen können, einen Paragraphen, welcher die Bedingungen enthält, unter denen der Verein Unterstützung an bedürftige Kollegen zahlt, welches von der beschließenden Versammlung vom 28. September angeregt worden war, in das Statut aufzunehmen. Eine Erhöhung der Monatsbeiträge, welche schon in der Kommission angeregt, jedoch verworfen wurde, wurde von der General-Versammlung diskutiert und ebenfalls abgelehnt. Hierauf wurde das revidirte Statut in der Fassung, wie es aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen war, einstimmig angenommen. Als ein weiterer Punkt stand die Wahl von 3 Rechtschutz-Kommissionsmitgliedern auf der Tagesordnung. Die Kollegen Otto Klein, Scheip und Winkler wurden gewählt. Unter „Verschiedenem“ stand ein Unterstützungsantrag zur Diskussion, aus Anlaß der Maßregelung in der Pippmann'schen Fabrik, in der bei Entlassung zweier Arbeiter sich sämtliche 12 Kollegen solidarisch erklärten. Es wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß die betreffenden Kollegen wieder unseren Beschlüssen entgegen gehandelt hätten, indem sie, ohne sich an einen Verein um Rath zu wenden, so lange unter den Verhältnissen, wie sie in der Pippmann'schen Fabrik herrschen, gelebt haben und nun plötzlich die Arbeit niederlegten. Gegen eine derartige unbesonnene Handlungsweise, wie man sie immer noch bei einzelnen Kollegen findet, müsse nun entschieden Front gemacht werden. In dem vorliegenden Falle beschloß jedoch die Versammlung, noch ein letztes Mal von der vorgeschriebenen Regel abzuweichen und dem Antragsteller, Vereinsmitglied, Vater von 5 Kindern, eine einmalige Unterstützung von 30 M zu gewähren, jedoch einzig und allein unter dem Hinweis auf die ganz besondere Nothlage des Kollegen. Zum Schluß forderte Kollege Hartmann die Anwesenden auf, recht fleißig auf die „Metallarbeiter-Zeitung“ zu abonniren.

Görlitz. Am 11. August hielt der Fachverein der Metallarbeiter die erste Mitglieder Versammlung, und von diesem Tage an erfreute sich der Verein eines steten Wachstums, obgleich uns von Seiten des Gewerksvereins solofale Schwierigkeiten gemacht werden. Der Verein, der mit 30 Mitgliedern in's Leben trat, bezieht sich jetzt auf ca. 60. Es ist deshalb vom 1. November ab ein Arbeitsnachweis- und ein Reiseunterstützungsfond errichtet; es wird an durchreisende Fachvereins-Kollegen, welche mindestens 8 Wochen einem ähnlichen Verein angehört und sich vorchriftsmäßig abgemeldet haben, eine Unterstützung von 50 S ausbezahlt, wenn denselben nicht Arbeit nachgewiesen werden kann. Das Arbeitsnachweis-Bureau befindet sich Langestraße, im goldenen Kreuz. Wer Umschauen geht, bekommt keine Unterstützung. Wie schwer wir hier zu kämpfen haben, dafür Folgendes: 1) Ist die wirtschaftliche Lage der Arbeiter eine so traurige, daß bei 12stündiger Arbeitszeit die meisten nicht im Stande sind, ihr tägliches Brod zu verdienen, denn die Mehrzahl bekommt nicht mehr als 22 S die Stunde; 2) sind die Schmiede und Klempner separat organisiert; 3) der Ortsverein der Maschinenbauer und Metall-Arbeiter Girisch-Dunder'scher Richtung bildet die Hochburg der Gewerksvereine in Görlitz. Daß es uns aber gelungen ist den Kampf mit diesen harmonisirenden Segnern siegreich zu führen, beweist unsere zunehmende Mitgliederzahl, so daß die Herrn vom Gewerksverein in ihrer Generalversammlung sich von dem „freisinnigen“ Reichstagsabgeordneten Lüders einen Vortrag halten ließen über „Das Programm der Sozialdemokratie“.

um die „treuen“ Arbeiter vom bösen Fach-Verein fern zu halten. Herr Lüders sprach in einem ganz kleinen Saal in einer „General-Versammlung“, wo selbstredend keiner von uns sich Zutritt verschaffen konnte. Die Gewerksvereine bedenten aber doch rein Nichts gegenüber der Zahl unserer in der modernen Organisation sich befindenden Arbeiter.

Hückel a. M. In der am 15. November stattgefundenen 1/4-jährigen General-Versammlung des Metallarbeiter-Vereins wurde der Klassenbericht erstattet. Die Einnahme des letzten Vierteljahres war M 289 11, die Ausgabe M 130 36, also Klassenbestand von M 158 75. Dem Kassier wurde Decharge erteilt. Es wurde dann einstimmig beschlossen, eine Bibliothek zu gründen, wofür vorläufig 10 M aus der Kasse bewilligt wurden, das übrige Geld soll durch freiwillige Beiträge beschafft werden. Ferner beschloß der Verein noch, nächstes Jahr, am 25. Januar, sein erstes Stiftungsfest zu feiern, bestehend in Gesang, Theater und Ball. Kollege Gabelberger stellte den Antrag, daß diejenigen Mitglieder, die länger als 8 Wochen ihre Beiträge dem Verein schulden, auszuschließen und in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen seien. Dieser Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Die Adresse des Vorsitzenden vertram ist: Dammstr. 3.

Lübeck. Am 16. November hielt der Fachverein der Metallarbeiter in der Zentralherberge seine Mitglieder-Versammlung ab. Beim 1. Punkt der Tagesordnung: „Ausarbeitung einer Geschäftsordnung“, wurden, da in der vorigen Versammlung schon von der Kommission Bericht erstattet war, die einzelnen Paragraphen durchgenommen und nach wenigen Umandierungen genehmigt. Ein Antrag von Kollege Lindemann, die Geschäftsordnung drucken zu lassen und in die Mitgliedsbücher einzukleben, damit jedes Mitglied davon Kenntniß nehmen kann, wurde angenommen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Werkstellen-Kommission“ über obligatorische Einführung der „Metallarbeiter-Zeitung“ führte Kollege Hermann an, daß nur noch 13 Mitglieder ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Zur Frage: „Wie stellt sich der Fach-Verein diesen Mitgliedern gegenüber?“ wird von Kollege Fröbel der Antrag gestellt und angenommen: Diesen Mitgliedern auf unbestimmte Zeit noch freien Spielraum zu lassen, da vielleicht doch noch einige davon ihren Verpflichtungen nachkommen würden. Ein Antrag von Kollege Hildebrandt, die „Metallarbeiter-Zeitung“ in der Fremdenstube im Verkehrlokal auszuhängen, sowie einen Halter anzuschaffen und die laufenden Nummern darin zu befestigen, um so den reisenden Kollegen auch Gelegenheit zur Einsicht zu bieten, wurde angenommen; ebenfalls ein Antrag von Kollege Hermann, einen Stempel anzuschaffen mit der Aufschrift: „Zeitung“ zum Vermerken der Abnahme der Zeitung in den Mitgliedsbüchern. Zu „Verschiedenem“ wurde auf Antrag von Kollege Hermann beschlossen: unserem Reichstagsabgeordneten, Herrn Th. Schwarz, zu seiner am 10. Dezember d. J. stattfindenden silbernen Hochzeit in Anerkennung der vielen Verdienste, die Herr Schwarz sich schon um die Metallarbeiter aller Branchen erworben, ein Geschenk im Werthe von 20 M zu machen. Sodann stellt Fröbel den Antrag: „Falls ein Mitglied sterben sollte, ihr einen Kranz zu 5 M zu berechnen, sowie einen Nachruf in der „Metallarbeiter-Zeitung“ und eine Todes-Anzeige in einem Lokaltblatt auf Kosten des Vereins zu veröffentlichen; ebenfalls soll der Vorstand moralisch verpflichtet sein, dem verstorbenen Kollegen die letzte Ehre zu erweisen, indem derselbe der Feierlichkeit mit beivohnt, jedoch auf eigene Kosten.“ Dem wurde von den Mitgliedern auf das Wärmste zugestimmt. Nachdem noch der „Fragelasten“ erledigt war, stellte Kollege Scheel den Antrag, welcher auch angenommen wurde: „Den Beschluß der Versammlung vom 21. September d. J., in Betreff der Diedrich'schen Zeitung, hoch zu halten, welcher lautet: „Die heutige Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Metallarbeiter Lübeck's erklärt sich mit dem Vorgehen des Herrn Diedrich nicht einverstanden und sieht mit Verachtung auf das Organ, betitelt: „Der Schleifer und Maschinenbauer“ herab, da Herr Diedrich den Beschluß des Kongresses zu Weimar nicht achtet und durch sein Vorgehen illusorisch macht.“ Dieser Beschluß sollte schon damals in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden, wozu sich der frühere Vorsitzende, Kollege Häbner, bot, trotzdem daß es Sache des Schriftführers war, denselben einzuschicken. Als jedoch der Bericht in der „Metallarbeiter-Zeitung“ nicht erschien und Kollege Häbner befragt wurde, erklärte er, daß er den Bericht eingeschickt und einen Brief von Herrn Häbner erhalten habe, worin derselbe ihm mittheilte, daß alle Berichte in Betreff der Diedrich'schen Zeitung — „auf einmal veröffentlicht werden sollten.“ Da jedoch auf

ein Schreiben an die Redaktion, ob sie einen Bericht in diesem Sinne bekommen habe, eine verneinende Antwort erfolgte, so lag es klar, daß Kollege Gübner seiner Pflicht nicht nachgekommen sei. In der Versammlung konnte er sich nicht anders verteidigen, als daß er behauptete, einen Brief bekommen zu haben — den er jedoch nicht zeigen konnte! Da die Nachlässigkeit des Kollegen Gübner klar zu Tage lag, so wurde ihm vom Vorsitzenden eine Rüge erteilt. Nachdem noch die Tagesordnung zur nächsten Versammlung festgesetzt und bekannt gemacht, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Am 21. November fand die erste Mitgliederversammlung des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins sämtlicher in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Saale des Bellevue statt, welche sehr gut verlief, indem eine bessere Teilnahme zu wünschen übrig ließ. Der 1. Punkt der Tagesordnung war die Aufnahme neuer Mitglieder, worauf sich zur Schande der Leipziger Metallarbeiter nicht 900, wie es zu erwarten wäre, sondern 9 neue Mitglieder ergaben. Zum 2. Punkt hatte Kollege Schiemann das Referat über Zweck und Nutzen der Organisation übernommen, welches derselbe in glänzendster Weise erledigte, indem er als Einleitung die Kämpfe der Gewerkschafts-Organisation in England und Frankreich schilderte, dann auf Deutschland überging. Besonders die Mahnung, zu sparen bei guten Geschäftskonjunkturen, welche uns von den Klatschblättern empfohlen wird, ward hervorgehoben, indem Referent wünschte, die Arbeiter möchten damit anfangen zu sparen, daß sie auf jene Schundliteratur nicht mehr abonnierten. Darauf sprachen sich die Kollegen Plutich und Karim sehr beifällig über das Referat aus. Referent gab noch eine Skizze über die gesamte Organisation in der Natur zum besten und forderte ebenso wie sein Vorredner auf, für die allgemeine Organisation der Metallarbeiter zu agitieren. Es sprachen noch über das Referat die Kollegen Strecke, Trillisch und zur Entgegnung Schiemann. Zum 3. Punkt: Verschickens, wurde erkens als Vereinstokal Bellevue bestimmt und die Versammlungen auf jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats festgesetzt. Dann forderte Kollege Brint auf, für Verbreitung der „Metallarbeiterzeitung“ Sorge zu tragen. Nachdem noch Kollege Goldbach einen Antrag über Geschäfts-Ordnung eingebracht hatte, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Meißen. In der am 27. Oktober stattgefundenen Generalversammlung wurden in den Vorstand gewählt: als 1. Vorsitzender Bruno Wanschmann, Korditz, 14c, b. W.; als 2. Vorsitzender C. Oake; als 1. Kassierer Bernh. Kallmeyer, Honitzsch 26, b. W.; als 2. Kassierer H. Ehrlich; als 1. Schriftführer A. Gmahl, als 2. Schriftführer Th. Wenzel; als Revisoren: C. Sähnel, E. Fischer, J. Doudriot. In einer späteren Versammlung wurde beschlossen, Gewährung von Rechtschutz in gewerblichen Streitigkeiten für die Mitglieder unseres Vereins einzuführen. Ferner wurden diejenigen Mitglieder verlesen, welche mehr als 18 Wochen-Beiträge dem Verein schulden, mithin ihrer Mitgliedschaft verlustig sind. Unser Verein zählt demnach nur noch 32 pünktlich zahlende Mitglieder, während ungefähr 900 Metallarbeiter hier arbeiten. Die Fremdenunterstützung beträgt jetzt 20 J und wird vom 1. Dezember ab auf der Herberge von Ernst Schanze, Gerbergasse, ausbezahlt; dieselbe erhalten aber nur diejenigen Metallarbeiter, welche nachweisen, daß sie mindestens 18 Wochen einer Organisation angehört und sich abgemeldet haben.

Hofsch. In unserer letzten Mitglieder-Versammlung wurde beschlossen, die Unterstützung für durchreisende Metallarbeiter, welche 18 Wochen einem Fachverein angehören und sich abgemeldet haben, wieder auf 1 M zu erhöhen, und zwar werden 50 J in bar und 50 J in Naturalien verabreicht. Letztere werden verabfolgt in der Herberge des Herrn Bod, Fischbank 5. Die Unterstützung wird ausbezahlt beim Vorsitzenden C. Weber, Fris Reuterstr. 75.

Sollingen. In der letzten hier abgehaltenen Metallarbeiter-Versammlung wurde Kollege Herrmann Steinmüller, Welterstr. 12, als Vertrauensmann gewählt. — Der hiesige Metallarbeiterverein steht in schönster Blüte, was hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben ist, daß sich die Vereine der Schlosser und Feilenhauer auflösen und die Mitglieder dieser Vereine sich sämtlich dem allg. Metallarbeiterverein anschließen. Freilich, Herr Nieslky, der ehemalige Vorsitzende des Schlosser- und Kassier des Metallarbeitervereins, der sich alle Mühe gegeben hatte, dem Schlosserverein die Segnungen der Diebstahls-Gründung theilhaftig werden zu lassen, konnte es nicht unterlassen, mit 4-5 seiner Getreuen nun in seiner Wohnung eine „Hilfste“ zu bilden, von der man aber bis jetzt noch kein Lebenszeichen gesehen hat, so daß sie jedenfalls bald ganz sanft hinüber schlummert. — In Bezug auf das

neuliche Ausschreiben der Augsburger Feilenhauer in Betreff des Michael Gast bemerken wir, daß wir es für richtiger hielten, wenn auf die Werkstelle seines Lehrmeisters mehr Aufmerksamkeit verwendet würde, statt den Junkfynn so herauszulehren.

Schöningen. Der Metallarbeiter-Fach-Verein hielt am 6. Oktober seine General-Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, daß alle zugereisten Metallarbeiter, welche einem ähnlichen Verein angehören und 18 Wochen gesteuert haben, eine Unterstützung von 50 J erhalten; Diejenigen, welche keinem Verein angehören, erhalten Nichts. Auch machen wir die zugereisten Genossen aufmerksam, sich doch nicht vor die Fabrik zu stellen, weil wir schon manche Unannehmlichkeit dadurch gehabt haben. Die Unterstützung wird ausbezahlt Mittags von 12 bis 1 Uhr, Abends von 6 bis 8 Uhr bei Karl Selbinger, Pringenstr. 384.

Schläger.

Hörnberg. Erst jetzt ist es uns möglich, einen klaren Situationsbericht über den jüngsten Streik zu liefern. Herr Schäbler in Steinbühl sah sich veranlaßt, vor einigen Wochen den Arbeitern anzukündigen, daß er genötigt sei, den Lohn wieder zu zahlen, der vor dem Generalstreik bezahlt wurde; er begründete dies damit, daß die Konkurrenz ihn zwingt, ebenfalls billiger zu liefern. Die dortigen Kollegen verließen sich auf's Warten, und so vergingen denn 4 Wochen, ohne daß etwas gegen die Lohnreduktion geschah. Nun bekam auch Herr Schäbler am Webersplatz Appetit und erklärte, in Zukunft statt 60 J bloß 50 J für ein Buch Gold zu bezahlen, der Lohn der Beschneidberinnen sollte ebenfalls um 3 J per Buch vermindert werden. Die dortigen Arbeiter ließen sich dies nicht gefallen, und in einer öffentlichen Versammlung, in der Herr Stücken referierte, wurde beschlossen, mit der Meister-Vereinigung in Verbindung zu treten, um die Sache in Gütlichkeit beizulegen. Die Kommission brachte es denn auch soweit, daß, nachdem sich sämtliche Meister gegen eine Lohnreduktion erklärt hatten, Herr Schäbler in Steinbühl sich bereit erklärte, wieder nach dem Tarif zu bezahlen, wenn Schäbler am Webersplatz dies ebenfalls thun würde. In einer weiteren Versammlung wurde dann auch beschlossen, in den Streik einzutreten. Selber haben die Herren Kunstmann, Gemeinbauer, Winkert, Karl Selbel und Georg Meier die Arbeit an Stelle der Streikenden aufgenommen. Jedoch konnten diese am Resultat nichts ändern, denn Herr Schäbler mußte nachgeben und Alles wieder bewilligen. Ferner hat er die Streikbrecher sofort entlassen, indem sich seine Leute weigerten, das Geschäft zu betreten, so lange dieselben drinnen waren. Somit ist denn dieser Lohnkampf glücklich beendet, ob aber damit eine Lohnreduktion für längere Zeit ausgeschlossen ist, das ist eine Frage, die wir offen lassen wollen. Jetzt war die lokale Organisation noch genügend, bei einem Generalstreik ist sie es einfach nicht und es ist höchste Zeit, daß uns endlich einmal die Gelegenheit geboten wird, uns einer Zentralisation anzuschließen. Daß es ferner sehr gut gewesen wäre, wenn der Schläger-Kongreß stattgefunden hätte, wird wohl Niemand mehr bestreiten, wenigstens wäre dann die Unterstützungsfrage in einer Weise geregelt, die bei den gegenwärtigen Kalamitäten nur von Nutzen wäre. Doch, es ist vorüber, und wir wollen die Sache nicht mehr vor die Dementlichkeit zerren, aber das Eine steht fest: die Feingoldschläger haben den übrigen Schlägern die Hand geboten, man hat sie zurückgewiesen, und damit die Luft wieder so erweitert, daß sie vielleicht nicht mehr überhämmert werden kann. Wir können uns damit trösten, daß die Feingoldschläger sich auch auf eigene Füße stellen können und fremder Einfluß bei ihnen keine Geltung findet.

Schmiede.

Halle a. S. Seit ca. einem Jahre besteht hier ein Fachverein der Feilschmiede, Bleichschmiede und deren Hilfsarbeiter mit 120 Mitgliedern. Vorsitzender ist Otto Mittag, Siebichenstein bei Halle, Abvolatenstr. 9a, an welchen alle dem Verein betreffenden Briefe zu richten sind. Reiseunterstützung wird im Betrage von 75 J für alle diejenigen Angehörigen oben genannter Gewerke ausbezahlt, welche nachweislich einem solchen Verein beim Abgang aus der letzten Arbeitsstelle 18 Wochen beigekauert haben. Die Unterstützung ist jeden Tag von Mittags 12 bis 1 Uhr beim Kassierer Karl Hundrad, Streiberstr. 10, zu erheben. Wir ersuchen die Kollegen, sich allerorts zu organisieren und sich eventuell bezüglich des Näheren an unseren Vorsitzenden privatim zu wenden, damit überall, wo es Kollegen gibt, Organisationen geschaffen werden, um eine allgemeine Besserung unserer Lage herbeizuführen.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Feilenhauer.

Die Aussperrung der Kollegen in Hamburg-Altona dauert fort. Tuzug fernhalten.

Riel. Der Vertrauensmann Robert Senje wohnt jetzt Jungmannstraße Nr. 7, 2, bei Bolte.

Leipzig. Feilenhauer Deutschlands! Notgedrungen sehe ich mich nochmals veranlaßt, an Euch die Aufforderung zu richten, unausgesetzt für unsere kämpfenden ausgesperrten Kollegen in Hamburg, Altona, Harburg Mittel beizugehen, denn die Lage derselben ist als eine traurige zu bezeichnen, da die Unterstützung bis dato ungenügend war; von manchen Orten ist seit 8 Wochen Nichts geflossen. Deshalb Kollegen, thut was in Euren Kräften steht, die Hamburger haben stets ihre Solidarität bewiesen, laßt sie nicht im Stich, beweist dem Unternehmertum, daß Ihr alle hinter ihnen steht; denn, wenn die Kollegen unterliegen, dann Aborganisation! Thue darum jetzt Jeder seine Pflicht.
Mit Gruß
Edm. Goldbach.

Uinden. Am 15. November fand hier eine öffentliche Feilenhauer-Versammlung statt, in welcher Kollege Stöhr über die Entwicklung des Feilenhauer-Handwerks referierte. Selbiger erledigte seinen Vortrag zur größten Zufriedenheit. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute Abend im Holländer tagende öffentliche Versammlung der Feilenhauer erklärt sich mit den Äußerungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, danach zu handeln.“ Punkt 2: „Wie stellen wir uns zur Bage-Schulte'schen Fabrikordnung?“, rief eine lebhafteste Debatte hervor, woran sich die meisten Kollegen beteiligten und das inhumane Vorgehen der Herren Bage-Schulte scharf kritisierten. Die betreffende Fabrikordnung ist nur für die Feilenhauer gemacht, die übrigen Arbeiter sind davon ausgeschlossen, und zwar deshalb, weil man wohl denkt, sollte ein ähnlicher Arbeiter, wie Stöhr, wieder in Arbeit treten, so könne man ihn, ohne daß eine direkte Maßregelung in der Entlassung erblickt werden kann, entlassen. Denn die Bestimmungen sind derartig, wie in der Gebr. Körtzing'schen Fabrikordnung, die schon genügend in diesem Blatte bekannt gemacht ist. Wir bringen deshalb die Werkstelle Bage-Schulte in empfehlende Erinnerung für die reisenden Berufsangehörigen. Bei Verschickens“ erörterte Kollege Engelle die Zustände in der Werkstelle des Meisters Deppe in Hilbesheim, woraus zu ersehen war, daß jeder reisende Feilenhauer davor zu warnen ist. Herr Deppe, welcher seit einiger Zeit selbstständig, scheint seine Feilenjahre schnell vergessen zu haben, sonst würde er dem Engelle nicht J. Marx unter dem Minimallohn geboten haben, mit der Bemerkung, er brauche es seinen Berufsangehörigen nicht zu verrathen. Da er auf Grund seines Vorgehens von Uinden, Braunschweig und anderen Orten keine Gehilfen bekommt, hat er sich einen Landsmann aus Herzberg gelddert. Es soll und muß unsere Pflicht sein, betreffenden Kollegen aufzuklären. — Ein noch netterer Mensch scheint der jetzt noch Geselle spielende Braunschweiger Meister'sohn Kempe zu sein (selbiger arbeitet bei Bage-Schulte), welcher trotz vielseitiger Einladung, sich der Organisation anzuschließen, es doch nicht für nötig erachtete. Selbiger äußerte, wir hätten doch kein Geld in der Kasse; vielleicht denkt der Kempe, wir müßten ihm erst ein paar Groschen schenken, damit er die Sonntagsarbeit fallen lassen kann. Er wollte auch Gesellen importieren, welche wohl aus demselben Holze geschnitten wären, wie er, der die Arbeitszeit, welche hier 9 Stunden beträgt, nicht einhält und sogar Sonntags arbeitet.

Sollingen. Der hiesige Verein der Feilenhauer hat sich aufgelöst, aber nicht etwa aus dem Grunde, weil er nicht hätte existieren können. Der Verein bestand sehr gut, es gehörten ihm sämtliche in Sollingen beschäftigte Feilenhauergehilfen an. Wir waren aber zur Überzeugung gekommen, daß die Zersplitterung der hiesigen Metallarbeiter ein Ende nehmen müsse, und so traten wir in corpore dem Metallarbeiterverein bei. Es wäre nur zu wünschen, daß die Offenbacher und Rudwigschafener Kollegen unserem Beispiel folgen und dem dortigen allgemeinen Verein beitreten würden. Es fürchtet sich von den Zugereisten ohnehin Mancher, dem Feilenhauerverein beizutreten, da von dem Fabrikanten wird ja Jeder bei der Einstellung gefragt, ob er einem Feilenhauerverein angehört und im Falle der Bejahung nicht angenommen wird. Die zugereisten Feilenhauer erhalten ja bei einem etwaigen Anschluß der Kollegen an dem betreffenden Orte auch vom allgemeinen Verein ihre Reiseunterstützung. — Die hiesigen Geschäftsblätter und Statuten sind dem hiesigen Vertrauensmann der Metallarbeiter übergeben; sollte sie ein „rein gebrauchten“ können, so wende er sich an Hermann Steinmüller, Welterstr. Nr. 12, Sollingen.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter und Centralkranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan“.

Nachfolgende Filialen werden hiermit gemäß § 18 Abs. 3d des Statuts aufgefordert, die für September und Oktober fällige Abrechnung umgehend einzusenden:

(„Algermeine“.)

Altena, Altenberg, Ammerbach, Bernau, Bismarcker, Brandenburg*, Brödingen, Castell, Coburg, Drensdorf, Enzheim, Erfurt, Freising, Gemünd, Großsch, Hagen, Hatern, Hamburg-St. Pauli, Harburg, Hattlingen, Heidelberg, Heilbronn, Herford, Hof, Gudarbe, Melken, Montigny, Rändern, Niedersrad, Döbshausen, Dehringen, Olpe, Pirmasens, Plauen bei Dresden, Saalfeld, Schleswig, Schramberg, Speidorf, Speyer, Stallberg b. Ch., Tempelhof, Welter, Würde, Weiskhaus, Wermskirchen, Weiskirchen, Worms, Zirnberg, Zandsberg, Prenzlau.

(„Vulkan“.)

Altena, Bexdorf, Bismarcker, Brackwebe, Brandenburg*, Bulach, Deterheim, Dornstadt, Drensdorf, Erfurt, Eplingen, Frankfurt a. D., Georgensgmünd, Godelsberg**, Gemünd, Hamburg-St. Pauli, Harburg, Hattlingen, Heilbronn, Herford, Herloh, Hlowawes-Neuenhof, Saalfeld, Schramberg, Selbede, Stegburg, Cöthen.

Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln:

- Nr. 450 Fris Wulf.
- 451 Joh. Schröder.
- 452 C. Wurgbach.
- 3708 Chr. Pump.
- 6876 Johann Heib.
- 3264 Mich. Schwarzobdt.
- 25950 Wilh. Krauß.
- 22729 Peter Feinhals.
- 27361 Theodor Ködiger.
- 25119 B. Kellermann.
- 27659 S. Rabide.
- 28091 F. Pannhorst.
- 27859 Fr. Hüttemeister.
- 26418 Wilh. Esser.
- 26391 Paul Stolle.
- 25560 Otto Schrensm.
- 20141 Hermann Raaz.
- 25352 Rudolf Wolff.
- 26382 Rudolf Felsch.
- 28559 Friedr. Behmann.
- 29581 Ab. Walenski.
- 29584 Hugo Danz.
- 28737 Gustav Köhler.
- 27852 Emil Reigert.
- 27454 Friedrich Möhring.
- 28790 Paul Thoma.
- 28043 Georg Selrang.
- 29708 Wilhelm Schultze.
- 20691 Ludwig Heitmann.
- 27900 B. Ralmbach.
- 27894 Heinrich Schmitz.
- 27761 Anton Schäfer.
- 29709 Jakob Wagner.
- 27909 Karl Wede.
- 29715 Franz Höller.
- 29720 Fris Kreuz.
- 26498 David Schellenbauer.
- 26208 Otto Müllwille.
- 24171 Heinrich Ritsch.
- 21852 W. Fr. Osterloh.
- 24528 Richard Knäuper.
- 27375 Johann Meher.
- 26206 Friedrich Feise.
- 26748 Theodor Feige.
- 28061 C. auf dem Garten.
- 20508 Gustav Schatte.
- 24025 Wilhelm Sairisch.
- 24031 Johann Engewicht.
- 24810 Johann Wählt.
- 20891 Richard Dapfer.
- 25572 Gustav Graf.
- 28522 Martin Fay.
- 28517 Heinrich Eggerstedt.
- 28527 Karl Schlereth.
- 28516 Ab. Samann.
- 27851 Peter Claren.
- 27420 Joh. Ruhl.
- 23136 Franz Wolters.
- 28804 Ernst Schmidt.
- 28805 August Schreiner.
- 26306 Ernst Henn.
- 26302 Otto Boos.
- 26300 Karl Hadenstraf.
- 25969 Ernst Höpne.
- 27519 Alwin Ritting.
- 22199 Emil Flech.
- 25994 Ernst Seyfert.
- 27471 Robert Müller.
- 28652 Gottlieb Müller.
- 24751 Friedrich Lopp.
- 25207 Bernhard Preufer.

*) Brandenburg ist mit den Abrechnungen für beide Kassen von März bis Oktober im Rückstand.

**) Godelsberg ist mit der Abrechnung für beide Kassen von Juni bis Oktober, Godelsberg für beide Kassen und Stegberg für Vulkan von Juli bis Oktober im Rückstand.

- Nr. 25570 Josef Vogel.
- 25147 Heinrich Wille.
- 25124 Albert Baufeld.
- 28724 Wenzel Karagel.
- 28887 Heinrich Kurz.
- 28374 Heinrich Klein.
- 28747 Emil Müller.
- 28028 Niels Nielsen.
- 28029 Wilhelm Sebensfaden.
- 21674 Hermann Baabe.
- 28555 Karl Budas.
- 28553 Otto Borath.
- 28557 Emil Brunede.
- 28559 Ludwig Schoops.
- 28560 Max Süß.
- 28562 Max Schrad.
- 28568 Emil Zahn.
- 27981 Heinrich Schöbn.
- 27990 Heinrich Graubob.
- 27892 Franz Schalle.
- 27894 Wilhelm Meyer.
- 27900 Wilhelm Schäfer.
- 29151 Hermann Kühn.
- 29152 Paul Wolches.
- 29154 Wilhelm Laßle.
- 29158 Heinrich Poppe.
- 29194 Emil Böge.
- 29184 August Boegt.
- 28251 Thomas Köner.
- 25069 Hermann Klemm.
- 26082 Julius Wichmann.
- 26099 Johann Strenge.
- 26100 Hermann Penn.
- 27845 Konrad Müller.
- 22990 Gustav Hymann.
- 20687 Ad. Selle.
- 21453 Wilhelm Stricker.
- 28604 Karl Baumgart.
- 28605 August Dehme.
- 28945 Rudolf Klein.
- 28992 Hermann Eckert.
- 29784 C. Gubwiler.
- 29753 Karl Seger.
- 29756 Oskar Neubmann.
- 28208 Karl Troub.
- 28210 G. Helmreich.
- 28221 Daniel Schulz.
- 25244 Josef Bächli.
- 21691 Albert Bächli.
- 22569 G. A. Gäbler.
- 22799 Bernhard Ahrens.
- 21667 Wilhelm Reinhold.
- 21212 Karl Helge.
- 24366 Julius Seibold.
- 29538 Emil Kramer.
- 27895 C. Hübenreder.
- 27872 Friedrich Bülow.
- 27884 Hugo Wargan.
- 26212 Max Wilke.
- 26211 Josef Flügel.
- 26205 Hermann Munkel.
- 26215 Anton Gudelsberger.
- 22828 Hermann Knoblauch.
- 24552 Johann Piepper.
- 28057 Ludwig Busch.
- 25987 Wilhelm Wöttingen.
- 27030 Michael Kopfmüller.
- 20512 Bernhard Scheidler.
- 25995 Gustav Selme.
- 1838 Bruno Schiller.
- 4695 August Müller.
- 26 A. Schmidt.
- 1110 Heinrich Behrens.
- 3197 Friedrich Köhrig.
- 8083 H. Edgardt.
- 897 Konrad Serje.
- 7807 Heinrich Kruse.
- 693 Heinrich Schröder.
- 4509 Chr. Kempf.
- 5229 Wilhelm Gerth.
- 1359 Wilhelm Baisch.
- 721 Wf. Lepper.
- 701 Ph. Wirth.
- 3622 Valentin Schmidt.
- 3618 Anton Waagner.
- 3654 Stefan Müd.
- 3657 J. Schmidt.
- 7607 C. Dreier.
- 6624 C. Hämmerhorn.
- 2794 August Jofob.
- 5807 Johann Börner.
- 8924 Ernst Arnold.
- 3798 Johann List.
- 9376 J. Daniel Wiemer.
- 7865 Ernst Walther.
- 8237 Bernhard Affenbaum.
- 6293 Franz Josef Mitter.
- 8654 Heinrich Müller.
- 5012 Emil Raumann.
- 4553 Max Hartmann.
- 9282 Ernst Möhring.
- 2862 Wilhelm Vogt.
- 5442 Johann Wegler.
- 3569 Karl Knoll.
- 27043 Bröcher.
- 28680 Petersen.
- 28812 Nordhoff.
- 22509 Hermann Kapeln.
- 21824 Wilhelm Groß.
- 2725 Robert Hoff.
- 17833 Karl Teuber.
- 29829 Wilhelm Engel.
- 24689 August Willmann.
- 10448 Friedrich Wilhelm.
- 15114 Gustav Berg.
- 22670 Friedrich Wilhelm Schmitz.

- Nr. 12940 Felix Bärkel.
- 28813 J. Gajnc.
- 22890 D. Stremler.
- 8215 Albert Seifert.
- 29252 Heinrich Bernhard.
- 27481 Ferdinand Kersch.
- 5149 Johannes Almand.
- 15625 Johann Herder.
- 21689 Karl Karrer.
- 22757 Fran Nord.
- 27271 Felix Kerschmann.
- 28547a Karl Groh.

Verlorene Mitgliedsbücher.
(„Allgemein“).

- Nr. 23587a Heinrich Hohens, eingetr. in Simsburg am 6. Juli 1888.
- 18692 Theodor Behner, eingetr. in Kiel am 16. Mai 1890.
- 19598 Heinrich Holzschuh, eingetr. in Darmstadt am 22. Dezember 1884.
- 18581 Heinrich Güter, eingetr. in Schlebusch am 4. November 1888.
- 26098 Arthur Erbauer, eingetr. in Dresden-Neustadt am 1. Dezember 1889.
- 3136 Karl Wülner, eingetr. in Dresden-Neustadt am 28. Dezember 1893.
- 6247 Max Meyer, eingetr. in Lindenhof am 3. April 1889.
- 10323 Matthias Rheinbold, eingetr. in Kall am 6. Januar 1884.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Diez Verlag) ist ferdien das 9. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein neuer Gesellschaftsreiter und sein Rettungsplan. — Der Terrorismus in Rußland und in Europa. I. I. von Stepanof. (Schluß). — Die Kongresse von Wille und Calais. II. Von Paul Lafargue. (Schluß). — Zur Frage des ehernen Sockels. Von G. d. Bernstein. — Feuilleton: Lächler unserer Zeit. Roman aus dem modernen Gesellschaftsleben von F. v. Dika. (Fortsetzung)

Sterbe-Tafel.

Allgemeinen Kranken- und Sterbe-Kasse der Metallarbeiter.

- Nr. 6000. Heinrich Groß, Metallarbeiter, geb. 17. Mai 1849, gest. 6. März 1890 an Lungenentzündung in Charlottenberg.
- 14424. Otto Horst, Expedient, geb. 10. März 1864, gest. 30. März 1890 an Lungenentzündung in Chemnitz.
- 7469. Johann Gohlens, Tagelöhner, geb. 9. April 1850, gest. 5. März 1890 an Tuberkulose in Köln.
- 7139. Karl Sommerlatte, Mechaniker, geb. 3. September 1844, gest. 2. April 1890 an Lungenlatharr in Dresden-Altstadt.
- 9900. Albert Feibt, Arbeiter, geb. 5. August 1844, gest. 17. April 1890 an Herzlähmung in Dresden-Neustadt.
- 8440. Georg Weber, Schmiedemacher, geb. 3. Dezember 1854, gest. 13. März 1890 an Nierenkrankheit in Eberstadt.
- 16775. Thomas Allgaier, Metallarbeiter, geb. 26. Februar 1827, gest. 16. März 1890 an Lungenlatharr in Ehlingen.
- 26434. Anton Waegelter, Eisengießer, geb. 14. Januar 1870, gest. 11. Februar 1890 an Lungenschwindsucht in Freising.
- 14659. Karl Uttinger, Schreiner, geb. 28. Januar 1822, gest. 14. Januar 1890 an Unterleibsentzündung in Fürtch.
- 3222. Ignaz Kochars, Agent, geb. 12. November 1851, gest. 18. Dezember 1889 an Tuberkulose in Fürtch.
- 13515. Michael Scheiferlein, Bronzearb., geb. 4. Februar 1851, gest. 18. März 1890 an Lungenleiden in Fürtch.
- 17824. Chr. Hoffmann, Metallarbeiter, geb. 20. Nov. 1858, gest. 27. Dez. 1889 an Bronchitis in Fürtch.
- 12754. Jos. Kemper, Zimmermann, geb. 2. August 1852, gest. 1. März 1890 an Reblöthkatarrh in Gerresheim.

Vereins-Anzeigen.

Berlin. Der Fachverein der Former Berlins feiert am 6. Dezember sein 5. Stiftungsfest im Böhmischen Brauhause, Landwehrstraße Allee 12—13.

Bremen. (Fachverein.) Sonntag, 7. Dez., Nachm. 4 Uhr, im Lokal des Herrn Haschagen, Lanzenstr. 18, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Arbeits-Nachweis. Stiftungsfest. Ueber Akkordarbeit. Fragekasten.

Braunschweig. (Fachverein der Former und Kernmacher.) Sonnabend, 18. Dez., Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Th. Rogge, Alte Knochenhauerstraße.

Braunschweig. (Verein d. Schlosser, Maschinenbauer u. v. B.) Sonnabend, 6. Dez., im „Prinz Wilhelm“, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn A. Fendrich, Zentralherberge, Verschiedenes.

Celle. (Verein d. Metallarbeiter.) Die Versammlungen finden wieder regelmäßig am Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats statt. Bestere hauptsächlich zu Vorträgen und Fragekasten. — Die vielen Restanten werden gebeten, die Beiträge zu regeln.

Dorna i. B. (Metallarbeiter-Unterstützungsverein.) Berichtigung. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß das Vereinsgeschick für Grimma nicht bei H. Hornemann, sondern bei Paul Kramer zu jeder Tageszeit ausgeht wird. Dasselbe werden, ev. auch Marken abgeholt.

Eilenburg. (Metallarbeiter-Fachverein.) Sonnabend, 13. Dezember, im Vereinslokal, Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — **Aufforderung!** Wir fordern alle Kollegen auf, den Feilenhauer Josef Stündl aus München an seine Pflichten unserm Verein gegenüber zu erinnern.

Güstrow. (Fachverein der Metallarbeiter.) Die Mitgliederversammlungen finden regelmäßig am Sonntag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats statt. Die Tagesordnung wird vor Beginn der Versammlung bekannt gemacht. — Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß das Mitgliedsbuch, auf den Namen Rudolph Klefer (Folmer) aus Gammeln in Pommeren lautend, ausgestellt in Güstrow, als verloren angemeldet worden ist.

Hannover. (Metall-Industrie-Verein.) Montag, 8. Dezemb., im großen Saale des Rathhofes, Versammlung. Vortrag. Referent Herr Emanuel Wurm. Wir ersuchen alle Kollegen, für ein volles Haus zu sorgen.

Kiel. (Fachverein der Klempner.) Sonnabend, 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Mitgliederversammlung.

Köln. (Metallarbeiter-Fachverein.) Sonntag, 7. Dez., in den Sälen des Posthorn, Abendunterhaltung, unter Mitwirkung mehrerer Gesangsvereine, nach dem Ball, Anfang 5 Uhr. Die Kollegen und Freunde des Vereins werden hierdurch ergebenst eingeladen. Programme für Herren 25 J., für Damen 15 J.

Mannheim. (Formerverein.) Samstag, 6. Dezemb., Abends halb 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Vortrag des Herrn Thies. — Sonntag, 14. Dez., vierteljährige Generalversammlung bei Wirth Bogt, Fabrikation, genannt Feldwang.

Nürnberg. (Fachverein d. Schmiede u. v. B.) Sonntag, 14. Dezbr., Vorschlag: Restauration Sonntag, Uhr, Zusammenkunft Nachmittag 4 Uhr. — Der unentgeltliche Arbeitsnachweis der Schmiede befindet sich in der Herberge zum „Jammertal“, Schilbgasse Nr. 4. Die Herren Fabrikanten, Meister und Gehilfen werden ersucht, dabon Gebrauch zu machen. Den zugereiften organisierten Schmieden wird 1 M ausbezahlt.

Nürnberg. (Fachverein der Reith- und Glockengießer.) Die Herbergen des Vereins befindet sich Gasthaus zu den drei Königen, Theatergasse. Arbeitsnachweis bei Herrn Martin Trambauer, Fabrikstraße Nr. 14, wofelbst auch die Reiseunterstützung von 1 M ausbezahlt wird. Die Herren Meister und Fabrikanten werden ersucht, hievon Gebrauch machen zu wollen; desgleichen die Gehilfen und durchreisenden Kollegen.

Nürnberg. (Fachverein d. Schlosser u. Maschinenbauer.) Samstag, 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Cafe Merk, Mitgliederversammlung.

Nürnberg. (Fachverein aller Arbeiter der Metallindustrie.) Sonntag, 7. Dezember, Vorschlag zu Herrn Gastwirth Schiffer, Wirthschaft zur „grünen Taube“, Feuerweg. — Montag, 8. Dezemb., Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung. — Auch diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Bibliothek vergrößert worden ist und am Montag in der Versammlung Bücher an die Mitglieder abgegeben werden.

Osnabrück. (Fachverein d. Metallarbeiter.) Sonnabend, 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei Maas, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Wolfsenbüttel. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Buchheister'schen Lokale, Wallstraße, Versammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Anzeigen.

Dem Reichstagsabgeordneten für Biberach und Bertrauensmann der deutschen Former, **Herrn Theodor Schwarz** nebst Gemahlin zur Feier der silbernen Hochzeit am 10. Dezember 1890 ein freudiges „**Gluck auf!**“

Der Unterstützungsverein der Former und Kernmacher Biberachs.

Nachruf.

Am 26. Nov. hatte unser Kollege und treues Mitglied unseres Fachvereins, Herr **Paul Mattig** das Unglück, auf dem Weg zur Arbeit in's Wasser zu fallen und zu ertrinken. Ihm sei ein treues Andenken bewahrt. Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft!“ nach.

Metallarbeiter-Fachverein Harburg.

Allen Metallarbeitern empfehle ich **echt Hamburger Englisch-Lederhosen** in allen Größen und Farben

1. Qualität (extra stark)	9.50
2. „	8.50
3. „	7.50

franko gegen Nachnahme.
Siegfried Pelz in Nürnberg.

Die Kollegen werden gebeten, die Adresse des Feilenhauers Heinrich Gräber baldmöglichst an Michael Mack, Feilenhauerstr., Adlerstr. 9, Karlsruhe, mitzutheilen.

Unterstützungsverein der Feilenhauer, Karlsruhe.

2 Feilenhauer erhalten Arbeit bei Franz Werlach in Dessau.

Sobald ersicht in unterzeichnetem Verlag das 2. Heft der **Bibliothek politischer Reden.**

Dasselbe enthält: Rede von **Emilio Castelar** über Republik und Monarchie.

Gehalten bei der Berathung des spanischen Verfassungsentwurfes am 20. Mai 1869.

Liebenstein's Rede über Pressefreiheit.

Rede des badischen Abgeordneten von Liebenstein als Berichterstatter über den Antrag des Abgeordneten Winter von Heidelberg auf Herstellung der Freiheit der Presse. (Gehalten im Jahre 1819.)

Biographische Notizen über Emilio Castelar.

3 1/2 Bogen stark, Preis 20 J.

Wir empfehlen die Bibliothek politischer Reden, von welcher künftig in Zwischenräumen von 4—6 Wochen je 1 Heft erscheint, geneigter Unterstützung.

In der Bibliothek politischer Reden werden hervorragende Reden bedeutender Staatsmänner, Politiker, Parlamentarier zc. des 18. und 19. Jahrhunderts zum Abdruck gebracht und auf die Auswahl derselben stets die größte Sorgfalt gelegt. Orientirende biographische Notizen über die betreffenden Persönlichkeiten, deren Reden zum Abdruck gelangen, werden stets in dem betreffenden Heft enthalten sein.

Gest. Bestellungen sehen entgegen und zeichnen

hochachtungsvoll
Wörlein & Comp.
Nürnberg.

Technicum Mittweida — Sachsen —

a) Maschinen-Ingenieur-Schule
b) Werkmeister-Schule
— Vorunterricht frei. —